

Recur-  
ner ist  
der rabi-  
b seiner  
änge an-  
delimat's  
nd, sagte  
ung der  
Arbeits-  
macht.  
Galtung  
er Värm  
wanga  
ifter mit  
unter-  
ur Ord-  
ungstruf  
pft und  
daß er  
Haus  
ihn zur  
s in den

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postgesetzungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Sozialismus und das Eigenthum.

In den herrschenden Kreisen der Gesellschaft begegnet man aller „wissenschaftlichen Bildung“, womit sich die so gerne brüsten, zum Troz — noch immer einer unvollständigen Ansicht über die Stellung, welche der Sozialismus zum Eigenthum einnimmt. Diese Ansicht geht dahin: daß es sich für den Sozialismus Alles in Allem um die Abschaffung des Eigenthums handle.

Bei solch einer Behauptung fügt man dem Sozialismus ein unverantwortliches Unrecht zu; zugleich aber wird damit die öffentliche Meinung zu Gunsten einer groben Thorheit geformt, was — zumal in einer Zeit, wo die Frage der Reform von Tag zu Tag dringender wird — für die Klärung der Begriffe — wahrlich nicht von Vortheil ist. Dem Lesern dürfte es deshalb sehr willkommen sein, über diesen Punkt einmal die volle und ganze Wahrheit zu hören. Diese ist, wie Jeder weiß, der Kapitalismus die herrschende, alle gesellschaftlichen Einwirkungen durchdringende und ihnen das Gepräge seines Monopolismus ausdrückende Macht. Der Inbegriff dieser Macht ist Willkür unter dem Scheine der Ordnung; ökonomische und politische Abhängigkeit der Massen unter dem Scheine der Ungebundenheit. Das Hauptunglück dabei ist die Unsicherheit und Unberechenbarkeit der von sehr veränderlichen Konjunkturen abhängigen Lebenslage der arbeitenden Klassen, die immer mehr in den Pauperismus verfallen.

Gegenüber den von der kapitalistischen Deonomie ausgingen höchst unwissenschaftlichen Versuchen, das Kapital seine Herrschaft mit allen Konsequenzen als „ewige Notwendigkeit“, als Ausdruck „höchster Kultur“ und als unumstößliche Existenzberechtigung für Staat und Gesellschaft hinzustellen, beweist uns nun die sozialistische Deonomie die wahre Natur des Kapitals. Dieses besteht nicht etwa durch „Sparen“ und „individuelle Ansparen“, sondern lediglich durch die der freien Veränderung unterworfenen gesellschaftlichen Zusammenhänge und in diesen nur durch die Theilung der Arbeit, die Vertheilung der Arbeit vieler zu Gunsten weniger Einzelner. Die Arbeit allein schafft Werthe und die Theilung der Arbeit steigert dieselben bis ins Unendliche, ohne daß dem Arbeiter mehr davon zu Gute kommt, als er gebraucht, um sein Dasein zu fristen. Oder verhilft die Lohnarbeit des Proletariats diesem zu einem „Eigenthum“? Nein, sie liefert ihm nur die äußersten Existenzkosten, aber sie schafft das Kapital, d. h. das „Fremdthum“ werdende Eigenthum, das die Herrschaft die Arbeit unterworfen ist. Das Arbeits-

instrument, das Kapital, ist in seiner Trennung vom Arbeiter selbstständig geworden, hat alle Produktivität der Arbeit an sich gerissen, und die Arbeit auf den Ertrag dessen, was zu ihrer Erhaltung nötig ist, beschränkt, sie also für sich unproduktiv gemacht. Das Eigenthum bildet sich nicht da, wo es erzeugt wird, nicht bei denen, die es erzeugen, und dabei oft genug Gesundheit und Leben opfern müssen, sondern bei denen, für die das geschieht. Die konsequenteste und überzeugendste Offenbarung dieses Zustandes haben wir in der Agiotage und der Börse, in der Vermögensanlage in Aktien, Staats- und Kreditpapieren überhaupt. Da wird durch die verschiedensten objektiven Ereignisse und objektiven Bewegungen, z. B. durch Kriegs- oder Friedensausichten, täglich auf der Börse das Mein und Dein des Individuums bestimmt und festgesetzt.

Vassalle machte einmal recht zutreffend darauf aufmerksam, daß, wenn man die mit dem Namen „Sozialismus“ bezeichnete reformatorische Richtung als „Vertheilung des Eigenthums von Gesellschaftswegen“ definiere, man niemals vergessen solle, daß ein solcher Zustand gerade heute bestehe. In der That herrscht gerade heute ein anarchischer Sozialismus unter dem Scheine individueller Freiheit und individueller Produktion. Was also der reformatorische Sozialismus aufheben will, das ist nicht das Eigenthum, sondern die Anarchie, welche die großen Massen vom Eigenthumserwerb und -Genuss ausschließt; er will gerade rechtlich-individuelles, das heißt auf die Arbeit gegründetes Eigenthum erst einführen. Nicht das Eigenthum als solches, sondern die feindliche Stellung des Sozialismus zu demselben belämpft der Sozialismus. Fichte hat ganz Recht mit seinem Ausspruch: „Die Bildung der Dinge durch eigene Kraft ist der wahre Rechtsgrund des Eigenthums.“

Ähnlich hat bekanntlich Proudhon sich ausgesprochen. Es ist nicht wahr, was Leidenz-Lügner so oft behauptet haben, daß seine Kritik des Eigenthums schlechthin in dem ärgerlich piquanten Satze gipfelt: „Eigenthum ist Diebstahl.“ Seine Definition ist vielmehr folgende: Das Eigenthum kann nur eine rechtmäßige und vernünftige Basis haben, die Arbeit. Jeder kann rechtmäßig nur das als Eigenthum besitzen, was er erarbeitet, d. h. durch eine der Gesellschaft nützliche und keinem Nebenmenschen schädigende Thätigkeit erworben hat. Eigenthumsrecht ist das Recht, das Produkt seiner Arbeit, aber auch nur dieses, zu genießen und frei darüber zu verfügen. „Ein Eigenthum, das nicht von Arbeit herkommt, oder sich ohne Arbeit erhält“ — das ist, nach Proudhons wörtlicher Erklärung, „Diebstahl!“

kommen zufrieden. Viele von den amerikanischen Familien dagegen konnten sich daheim oder sie hatten sich auf andern Schiffen, auch wohl in Europa auf der Reise getroffen und verkehrten mit einander wie eine große Gesellschaft alter Freunde.

Diese Herbstreise nach Amerika nannten Herr und Frau Fairmount ihre Hochzeitsreise. Es war freilich eine lange verfrühdete, denn sie waren schon fast sechs Jahre verheiratet und hatten drei kleine Kinder in sorgfältigster Obhut zu Hause zurückgelassen. Als sie verlobt waren, hatten sie wirklich den Plan gemacht, ihre Hochzeitsreise nach Amerika zu lenken; aber gerade damals war Herr Fairmount durch Erbschaft ein Gut zugefallen, das er persönlich übernehmen mußte, und jedes folgende Jahr war etwas anderes dazwischen gekommen.

Das Wetter draußen auf dem Atlantischen Ozean war prachtvoll. Lang gestreckt rollten die großen Meeresthore dahin, manchmal von einer frischeren Brise gekräuselt, die gewöhnlich bei Sonnenuntergang einlullte, und jeden Abend sahen die Reisenden die Sonne gerade vor sich wie eine glühende Kugel ins Wasser versinken. Endlich, an einem Nachmittage hatte man die Mitte des Atlantischen Ozeans erreicht, die Hälfte der Reise war zurückgelegt. Fairmount und seine Frau hielten sich am äußersten Ende des Hinterdecks auf, dicht am Schiffsrand; er las und sie strickte, wie sie gewöhnlich thaten. Sie war eine schöne, anmuthige Frau von fünfundsiebenzig Jahren, mit grauen Augen und röhlichem Haar. Er mochte dreißig zählen; seine Gestalt war hager, aber wohlgebaut, mit langen Gliedern und breiter Brust, Bart und Haar schwarz, die Haut von Luft und Sonne gebräunt. Sein Anzug verrieth den Engländer; nur ein solcher kommt darauf, selbst auf dem Schiff bei einer längeren Seereise, wo jeder ziemlich trägt, was er Lust hat, sich in einem alien Flanellanzuge sehen zu lassen, den er einst beim Ricket getragen hatte, mit einem Hut von weichem Flanell und Schuhen aus Segelstuch; während manche Herren mit hohen Zylinderhüten, bunten Halsbinden, Diamantnadeln Staat machten und die Damen zu bezaubern suchten, die ihrerseits bei dem schönen Wetter auf Deck in allen Farben eines Blumenbrettes prangten.

Der Sozialismus ist aber weit davon entfernt, die Konsequenzen dieser naturrechtlichen Eigenthums-Definition in all ihrer Schärfe und Rücksichtslosigkeit anzuwenden. Von diesem Standpunkte betrachtet, offenbaren ja allerdings die feitherigen Eigenthumsverhältnisse ein Unrecht. Aber sie sind etwas geschichtlich Gewordenes, ein geschichtliches Faktum, das mit innerer Nothwendigkeit sich entwickelt hat, und für welches also diejenigen, denen es Vortheile gewährt, nicht persönlich verantwortlich sind.

Wir haben noch nicht bemerkt, daß der Sozialismus sich abgemandt hätte, von jener Definition Vassalle's, welche in der Anerkennung der historischen Rechtmäßigkeit des Besitzes gipfelt. So sehr auch die nicht Kapital besitzenden Klassen berechtigt sind, vom Staate zu verlangen, daß er all sein ganzes Sinnen und Krachten auf die Verbesserung ihrer kümmerlichen Lage richtet, ihnen zu einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein verhilft, — so sehr die arbeitenden Klassen berechtigt sind, dieses vom Staate, als seinem eigentlichen Zwecke entsprechend, zu fordern, so darf und wird — nach Vassalle's Mahnung — dennoch der Arbeiter niemals vergessen, daß aller unter gesetzlicher Sanktion erworbene gesetzliche Besitz historisch rechtmäßig und deshalb unantastbar ist.

Wenn aber der Sozialismus so völlig abfiehet von dem einmal geschichtlich bereits entstandenen Kapitalbesitz, als in historisch-rechtlicher Uebereinstimmung mit bestehenden Zuständen entstanden, so beansprucht er in völlig logischer Weise andererseits doch für Staat und Gesellschaft das unbestreitbare Recht: das noch ungewordene Eigenthum, das Eigenthum der Zukunft, durch eine gründliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch Befreiung der wirtschaftlichen Anarchie zum Arbeits-Eigenthum zu gestalten. Der Sozialismus läßt allen angesammelten Reichtum als Produkt der Vergangenheit bestehen, ihn aber für die Zukunft nicht mehr als „Rentenquelle“, als Quelle mühseligen Erwerbes auf Kosten der Arbeit weiter wuchern. Die Arbeit allein soll als Werthsubstanz und als Werthmaß dienen. In dieser Eigenschaft aufgefaßt, bildet sie den Eckstein des ganzen sozialistischen Systems im Sinne Vassalle's und Karl Marx'. Niemals ist da von der „Abschaffung des Eigenthums überhaupt“ die Rede, sondern immer nur — wie Schaffle ausdrücklich konstatiert — „von der Ueberführung der Mittel des bereits arbeitstheilig gesellschaftlichen Produktionsprozesses in kollektives Eigenthum.“ Nun besteht aber — fügt Schaffle hinzu — „jetzt schon kollektives Eigenthum an Staats-, Gemeinde-, Wissenschafts-, Schul- und Erziehungsanstalten, an Vereinen- und sonstigen Besitz-

Unter den Passagieren übte einer mehr Anziehungskraft aus als alle andern; es war aber keine junge Dame und kein Herr mit einer Diamantbusennadel, sondern ein kleiner achtjähriger Bube. Aber er war der Sohn von Kapitän Hood, darum gab sich jeder gern mit ihm ab und suchte ihm Spaß zu machen. Er hatte sich mit allen Reisenden angefreundet und fühlte sich an Bord ganz zu Hause. Jetzt lief er auf dem Hinterdeck zwischen den Gruppen von Herren und Damen hin und her und rollte einen großen bunten Gummiball.

Kapitän Hood war am Hudson zu Hause, nur ein paar Meilen von der Stadt New-York. Seine ältesten Kinder waren Mädchen, der kleine Hans sein einziger Sohn. Dem Hans war schon vor langer Zeit versprochen, sobald er acht Jahre wäre, wollte ihn sein Vater einmal mit nach Europa nehmen; seit seinem vierten Jahre redete er beständig von diesem großen Vergnügen, das ihm bevorstand, und inzwischen wuchs sein Interesse für alle seemännischen Angelegenheiten, indem er dicht vor den Fenstern des väterlichen Hauses alle möglichen Flußfahrzeuge den Hudson hinauf und herab kommen sah. Als die Zeit kam und Kapitän Hood ihn mitnehmen wollte, hatte die Mutter gar keine Lust, ihn ziehen zu lassen; sie fürchtete, daß ihm alles mögliche Unheil begegnen könnte, und fand alle möglichen Schwierigkeiten und Hindernisse; aber Hans und sein Vater setzten ihren Willen durch. Als das erste Mal nach Hansens achtem Geburtstag die „Atalanta“ ihre Fahrt nach dem Osten antreten sollte, war das Wetter so schön und günstig, daß man diese Gelegenheit nicht veräumen durfte. Frau Hood und ihre Tochter brachten ihn an den Hafen von New-York und sahen das Schiff abfahren. Das letzte, was sie ihrem Manne sagte, war: Bedenke, wenn du Hans nicht wohlbehalten mitbringst, so brauchst du auch nicht wieder zu kommen! Dem Kapitän fielen später diese Worte wieder ein. Damals antwortete er: Schon gut, Frauchen, in weniger als fünf Wochen werden wir eines schönen Morgens zum Frühstück wieder bei dir sein.

Auf der Reise nach Liverpool ging alles gut. Die erste Stewardess nahm Hans unter ihre besondere Obhut, und er

### Das einfältige Ehepaar.

(Nach Chambers Journal im Nordwest.)

Das einfältige Ehepaar — so wurden die beiden von den andern Mitreisenden gleich in den ersten Tagen genannt, nachdem das Schiff den irischen Hafen New-York verlassen hatte. Sie sahen gar nicht so überaus einfältig aus, aber unter einer Schiffs-Gesellschaft leicht Epitheta erfunden und bleiben dann

John Fairmount und seine Frau waren erst mit dem Boot an Bord der „Atalanta“ gekommen, ein paar Minuten ehe die Schraube anfing sich langsam umzudrehen, und sie hatten ihre Roje noch nicht gefunden, als das Signal „Full Speed“ von der Kommandobrücke in den Maschinenraum erging, als das Stampfen der gewaltigen Maschinen den erfahrenen Reisenden verrieth, daß die Reise nun wirklich begonnen sei, und daß die Maschinen nicht eher einen Augenblick von der Arbeit ablassen würden, als das Schiff weiter zu treiben, bis der Hafen von New-York erreicht war. Die erste Kajüte der „Atalanta“ war ganz voll von Reisenden; auch in der zweiten Kajüte und im Zwischendeck lag es sich. Die „Atalanta“ war das neueste und größte Schiff der Gesellschaft, ihr Führer Kapitän Hood allen alten Amerikanern als der glücklichste Seemann bekannt, der nur je den Atlantischen Ozean befahren hatte, und wegen seiner Lebenswürdigkeit ein allgemeiner Günstling des Publikums. Er zeigte gerade deshalb, weil so viele serbefahren, mit der Schiffsfahrt vertraute Leute an Bord waren, erschienen John Fairmount und seine Frau als besonders unerfahrene Reisende und erwarben sich damit die Bezeichnung „einfältig“. Sie zeigten keine Reue, sich bei Lische derjenigen zu bemächtigen, die für die besten galten, und sie machten ohne Einspruch diejenige Roje, die ihnen angewiesen wurde und die zu den kleinsten im Schiff gehörte. Kurz, sie machten zu wenig Ansprüche. Sie blieben für sich, weil niemand an Bord kannten, aber dies schien ihnen nichts auszumachen, sie waren mit ihrer eignen Gesellschaft voll-

th, viel-  
I. April  
Bohnung  
kontrakt-  
verlegen,  
Rielche  
eren zu-  
ner Fest-  
b, dürfte  
ab jede  
ten, und  
de Altit  
ngt wird,  
villigung  
Ausgabe  
stättig.  
Von der  
uch des-  
stisch-  
stirische  
stündige  
sten Ver-  
mäßig ver-  
frei ver-  
aber von  
nur aus  
er Forde-  
n lebende  
Anloß zur  
rozek das  
sterleiten  
einträcht-  
erhalten  
t, ist der  
et.  
zu ihrem  
ein „Don-  
leinstraße  
Räume.  
atulation  
auraturs  
mpfähe.  
dem Oern  
ng nehme  
daß der  
ner Mann  
Müller.  
tit,  
ststraße 10,  
ntag, den  
973  
Konno-  
der woch-  
eren Ang-  
1974  
UNARZ  
schleimfr-  
drücker.  
Kfungen  
schel,  
situren in  
offe liege  
1815  
Blag 4,  
zur Nach-  
n  
geneigten  
n.  
nado.  
e Dronten  
u. 1976  
Nr. 4 u. 1

ihmern sehr umfassend. (Man thut gut, auch an die Monopol-Projekte der Reichsregierung zu denken!) Das Kollektivethum ist also weit davon entfernt eine „antifoziale“ Form des Eigentums zu sein. Es ist vielmehr schon da als Eigentumsform der höheren eigentlich gesellschaftlichen, bewusst einheitlichen Anstalten und Vorrichtungen. — Mit dem Grundprinzip des Sozialismus ist Eigentumsersparung und Privatethumbildung durchaus verträglich, soweit sie nicht solche Produktionsmittel zum Gegenstande hat, welche der Gesamtheit dienen. Dagegen können Kleider, Mobiliar, Lebensmittel etc. niemals dem Privatbesitz entzogen werden.

Damit glauben wir zur Genüge gezeigt zu haben, wie thöricht es ist, zu behaupten: der Sozialismus wolle das Eigentum aufheben!

## Politische Uebersicht.

Vom Reichstage. Das Branntweinmonopol mit all seinen Scherzen und pilanten Spielereien wird nun bald von der Bildfläche verschwinden. Auch scheint es ausgeschlossen, daß der Reichstag sich noch in diesem Jahre mit einer anderweitigen Besteuerung des Spiritus beschäftigen wird. Die weiteren Monopoldedakten im Plenum des Reichstags werden im Sande verlaufen und kein besonderes Interesse mehr erwecken. Man wundert sich nur, daß die Regierung den Entwurf nicht schon zurückgezogen hat. Wenn, was nicht anders zu erwarten ist, das Plenum des Reichstags die Paragraphen 1 und 2, wie dies in der Kommission geschah, ablehnen wird, dann gelangt der Entwurf überhaupt nicht mehr zur dritten Berathung und nimmt nicht besonders viel Zeit mehr in Anspruch. — Das Sozialistengesetz gelangt morgen zur zweiten Berathung in der Kommission, wo jedenfalls die Windhorstischen Abänderungen wiederum angenommen werden. Darauf wird vom Referenten Bericht erstattet, so daß die zweite Lesung im Plenum in der nächsten Woche erfolgen dürfte. — Vom Arbeiterchutzgesetz und den übrigen noch in den Kommissionen befindlichen sozial-reformatorischen Entwürfen werden nur Bruchstücke in den Reichstag zur öffentlichen Berathung zurückgelangen — die Regierung legt jetzt auch nur geringen Werth auf die Durchberatung derselben, so daß die so viel gerühmte und gepriesene Sozialreform jetzt schon ins Stocken gerathen ist. Das Altersvorsorgegesetz erblickt man nur ab und zu in unklaren Umrisen „weil, wie in nebelgrauer Ferne“. — Auf die Durchberatung einiger kleinerer Gesetze — des Militärpensionsgesetzes u. s. w. legt die Regierung noch Gewicht, doch erfordert die Berathung nicht viel Zeit und kann noch leicht geschehen. Darauf wird der Reichstag verabschiedet und zwar noch vor Ostern. Er hat dann der Regierung das Budget, das Sozialistengesetz, das Militärpensionsgesetz bewilligt, dem Volke aber — nichts.

Ueber den Ausgang des Diätenprozesses. Hülss contra Heine bemerkte die „Volks-Zeitung“: „In eine nähere Kritik dieses Urtheils einzugehen, müssen wir uns so mehr versagen, als wir damit dem gesunden Urtheil und den Anschauungen unserer Leser von Gesetz und Recht eine Normundschaft ausdrücken würden, deren dieselben in keiner Weise bedürfen. Wer den Ursprung und Verlauf der Diätenprozesse mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird von selbst das zutreffende Urtheil über das Urtheil des Raumburger Oberlandesgerichts finden.“ — Die „Volks-Zeitung“ schreibt: „Was der jetzt vorliegende Bericht über die Gründe des Raumburger Erkenntnisses bringt, läßt dieselben in der Hauptsache, d. h. für die Feststellung des „Verbots“ von Parteidiäten für Reichstagsmitglieder, äußerst dürftig erscheinen. Bei den übereinstimmenden, sehr eingehend motivierten Urtheilen der Gerichte erster Instanz, denen zufolge ein solches Verbot in der Verfassung nicht ausgesprochen sei, macht es einen für weitere Kreise schwerlich überzeugenden Eindruck, wenn das Raumburger Oberlandesgericht diese Auffassung als irrig bezeichnet, weil, wie der Bericht sagt, der Wortlaut des Artikel 32 der Verfassung „unzweifelhaft die Annahme von Entschädigungen jeglicher Art verbietet wolle“. Die bisherigen Verhandlungen über diesen Punkt haben fast eine ganze Literatur von gegentheiligen Rechtsmeinungen hervorgerufen, zu deren Widerlegung das Raumburger Erkenntnis hoffentlich noch andere Argumente gefunden hat, als die in dem Auszuge erwähnte angebliche „Unzweifelhaftigkeit“, welche nicht weniger als fünf Gerichte erster Instanz zu erkennen außer Stande waren. Wir warten den genauen Inhalt des Urtheils ab, ehe wir dasselbe weiter

fixiren und mit den bisherigen Entscheidungsgründen vergleichen. Wir verzichten deshalb auch vorläufig darauf, die Anschauung des Raumburger Obergerichts über den Begriff „Ehrbarkeit“, die durch die Annahme von Parteidiäten verlegt sein soll, an der Anschauung der bisher vorliegenden Erkenntnisse zu messen. Daß die sittlichen Ueberzeugungen im Volke, die weder in den Parteidiäten noch in deren Motiven etwas Unerbäres sehen, sich durch die Raumburger Rechtsdeduktionen fortzerrigen lassen sollten, halten wir aber jetzt schon für ausgeschlossen.“

Die Prügelstrafe ist neuerdings wieder auf das Tapet gebracht worden, so schreibt die „Voss. Ztg.“. Prügel soll nach der für überwinden gehaltenen Abschreckungstheorie neuerdings wieder das Heilmittel für die sittlichen Schäden der Gegenwart sein. Robheit soll durch Robheit, Brutalität durch Brutalität, der Haal durch den Beselud vertrieben werden. Und doch hat man mit seinem Heilmittel so viel Erfahrungen gesammelt, wie mit dem Prügel. Wie viel ist im Laufe von Jahrhunderten nicht gebauen, gemortet, geköpft, geviertheilt, verbrannt, torquirt worden, und hat man wirklich die Erfahrung gemacht, daß die Menschen dadurch gebessert worden wären? Es sind noch nicht zwei Jahrhunderte her, daß in Berlin ein auf frischer That erwischter Dieb gebacken wurde, und wenn wir nicht irren, ist das letzte Exempel in der Königstrafe statuiert worden. Wurde deshalb weniger gestohlen? Liegen sich dadurch die Spitzbuben abschrecken? Die Menschen gewöhnten sich an Alles, auch an Prügel und selbst an Köpfen, und gerade weil man die Erfahrung machte, daß die Geprügelten und die Geprügelten nicht gebessert wurden, weil größeren sittlichen Schäden aber die Prügelnden und Köpfenden sowie derjenigen, die sich an den Gedanken des Prügelns und Köpfens gewöhnten, davonzutragen, darum wandte man sich humaneren Strafmitteln und namentlich der Besserungstheorie zu. Denn quantitativ ist der sittliche Schaden nicht so groß für die Geprügelten, als der gesammte Volkscharakter dadurch abgestumpft und verbohrt wird und an Ehrgefühl Einbuße erleidet. Ein Colorado an Sittlichkeit müßten ja die orientalischen Staaten für die Prügelkustigen sein, z. B. Persien, denn dort hat das Prügeln noch Methode, dort bekommt ebenso der Minister coram publico, der Oberst vor seinem Regiment, wie der Rekrut und der Strolch seine 25 Hiebe aufgeschält, und sollte das Prügeln einmal eingeführt werden, so könnten wir uns mit diesem gleichen Recht auf Prügel für Alle noch am meisten verlohnen. Vor der Hand wollen wir aber an dem Erfahrungssatze festhalten, daß in dem Maße, als der Werth des Lebens höher geschätzt wird und das Ehrgefühl wächst, auch die Kultur eines Volkes wächst und höher geschätzt wird und daß es umgekehrt ein Zeichen tiefer Kulturstufe ist, wenn das Leben als werthlos angesehen wird und Ehre und Ehrgefühl abgestumpft wird und nur ein zweifelhaftes Gut ist.

Die Begründung der Aufhebung des Verbots der „Freien Presse“ für Berg und Markt durch die Reichskommission stützt sich auf die Erwägung, daß das in der verbotenen bleibenden Nummer 1 des Blattes aufgestellte Programm keineswegs ein rein politisch-demokratisches, wie in der Beschwerde behauptet werde, sondern vorzugsweise auch ein sozialistisches sei. Es sei ebensowenig thatsächlich richtig, daß die „Freie Presse“ nicht das Organ der sozialdemokratischen Partei sei, als rechtlich ohne Bedeutung, da nicht die Organe der sozialdemokratischen Partei als solche, sondern alle Druckchriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, dem Gesetze verfallen. In dieser Beziehung erscheint der Versuch, das Programm als rein politisches, nicht sozialdemokratisches hinzustellen, verfehlt. „Sozialistische“ Tendenzen seien es auf alle Fälle, die in dem Blatte zu Tage traten und auch im Uebrigen treffen die Voraussetzungen des Gesetzes zu. Das Programm sei einfach das bekannte sozialdemokratische, die aufgestellten Ziele gleichbedeutend mit einer völligen Umwälzung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die Betonung des „geleglichen Weges“ nur eine Bemäntelung, welche lediglich bewende, die Aufsichtsvorhöden sowohl als solche wirtschaftlich unzutreffende, welche gleichwohl vor gewaltsamen Schritten zurückzureden, zu täuschen. Und auch an einer den öffentlichen Frieden etc. gefährdenden Weise fehle es nicht, die wiederholte Bezeichnung der Arbeitgeber als die „Ausbeuter und Unterdrücker“ des werththätigen Volkes u. a. sei nur zu sehr geeignet, die Eintracht der Bevölkerungsklassen zu gefährden, zumal auf einem so sehr sozialistisch uterwählten Boden wie Elberfeld-Barmen. Es frage sich nur, ob das Gleiche auch von dem Verbote des ferneren Erscheinens gesagt werden könne. Wohl würde aus der Darlegung des Programms ein sicherer Schluß auf die fernere Haltung des Blattes sich ergeben, doch bieten von dem bis zum Erlaß des Verbotes erschienenen weiteren 17 Nummern, wenn sie auch weit entfernt seien, den vom Beschwerdeführer ihnen nachgerühmten frieblichen Charakter zu tragen, keinen Anlaß zu einem Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes, man müsse also einwilligen, daß die

Boote aus sehr schwer, einen so kleinen Gegenstand wie einen Menschenkopf in den Wellenthälern zu entdecken, und das sogar bei schönem Wetter und hellem Licht. Nur wenn jemand ein sehr guter Schwimmer ist und Geistesgegenwart hat, sagte einer, so mag es glücken ihn zu reiten, denn er kann sich lange über Wasser halten, und wenn ein Boot nach ihm ausgeschickt wird, so kann er den Leuten zurufen oder ein Zeichen geben, falls er zufällig zu gleicher Zeit wie das Boot von einer Welle emporgetragen wird.

Wald darauf kamen die Passagiere an Deck. Sie ahnten nicht, daß sich an diesem Tage vor ihren Augen abspielen sollte, wovon sie eben gesprochen hatten.

Händchen rollte gerade seinen großen Ball umher und lief ihm mit jubelndem Entzücken nach. Plötzlich gab er ihm einen starken Stoß, der Ball sprang auf die Reeling und von da mit einem Sahe ins Wasser. Das Kind stand eine Sekunde wie verduht still, dann lief es dahin, wo sein Ball verschwunden war, kletterte auf die Reeling, zu sehen wo er geblieben war, und stürzte, ehe eine Hand sich nach ihm ausstrecken konnte, ins Wasser. Die entsetzten Passagiere sahen, wie er an die Oberfläche kam und die Arme ausstreckte, während der brodelnde Schaum von der Schiffsschraube ihn im Wasser um und um drehte und das Schiff dann, ihn zurücklassend, weiter eilte. Das Ehepaar Fairmount war der Stelle nicht sehr nahe, wo Händchen ins Wasser fiel; sie waren an der andern Seite des Verdecks; aber als Frau Fairmount den kleinen Jungen auf die Reeling klettern sah, legte sie schnell ihrem Manne die Hand auf die Schulter. Er blickte sofort auf, folgte der Richtung ihrer Augen und sah den Knaben gerade ins Wasser fallen. Im nächsten Augenblick war er auf den Füßen, streifte seine Segelstschube ab, warf seinen Hut aufs Deck, wandte das Gesicht nach der Brücke, wo, wie er mußte, immer einige Offiziere standen, und rief mit einer Stimme, die wie ein Trompetenstoß über das Schiff schallte: Mann über Bord! Dann setzte er mit einem Anlauf über die Reeling, und sofort schloß sich das gurgelnde, zischende Kielwasser des Schiffes über ihm. Im nächsten

„Freie Presse“ auch bei fernem Erscheinen sich innerhalb der gesetzlichen Schranken werde halten können und wollen und daher war das Verbot des ferneren Erscheinens als zur Zeit nicht gerechtfertigt wieder aufzuheben.

Sonderbare Krankheiten. Das „Wiener Abendblatt“ schreibt: „Der deutsche und der englische Premier sind jetzt beide ernstlich erkrankt, physisch sowohl als auch moralisch. Beide müssen sich und ihre Projekte vorläufig vor dem scharfen Winde, der durch die Straßen weht, ernstlich in Acht nehmen, und nicht minder vor den eifrigen parlamentarischen „Frühlingsstößen“, die todbringend sind für manche hochfliegende Pläne. Für Bismarck leidet an Muskelkathasmus und am Brannntwein-Monopol, Gladstone an heftigem Katarrh, den er sich auf einer Fahrt in offenem Wagen zugezogen, und an der Home-Rule, das ist der irische Progg.“ — Man sagt übrigens, daß politische-moralische Krankheiten viel schlimmer seien als körperliche.

Bismarck, König von Polen! Das unter dem Titel „Bismarck — die Hoffnung Polens“ von der „Schlef. Ztg.“ im Auszuge mitgetheilte Exposé eines wohlwolligen Deilmannes bringt dem Blatte eine Menge Zuschriften ein. Eine solche lautet:

Rożiska, 7. März.  
Geehrte Redaktion! Ihre sensationellen, in die Welt geschleuderten Enthüllungen hinsichtlich Polens haben hier gerechtes Aufsehen erregt. . . . Es giebt keinen vorrästigen Polen, der theoretisch auf Postrennung einer ganzen Provinz Anträge stellen könnte. Dies wäre Hochverrath an der Nation. . . . Ganz anders verhält sich die Sache in der Praxis: Ist einmal Polen bis an das Schwarze Meer hergeführt — wer wird nicht gerne, dem ethischen Kaiser zuliebe, Grenzregulirungen im Westen zugestehen! Ja noch mehr! Im ganzen Lande gilt allgemein die politische Maxime: „Sollte Nephisso selbst die Herstellung Polens erzwingen, so wird er zum Könige dieses Landes gewählt werden.“ Nun, die Karriere des Fürsten Bismarck könnte durch die freie Wahl eines ganzen Volkes zum Könige nicht schöner abgeschlossen werden. Ich meinerseits, als Oberhaupt einer der ältesten Adels-Familien im Lande, gebe für Otto I. mein erstes Votum. . . .

Nicht nur die polnische Frage würde durch die Proklamirung des Fürsten Bismarck zum König von Polen gelöst werden, sondern auch manche deutsche Frage würde dann seine Lösung erhalten.

Unwissende Zeitungsschreiber. In der „Magd. Btg.“ berichtet ein Herr aus Sachsen über die Niederlage des Landtagsabgeordneten, des Herrn Biederlich und erzählt — was übrigens seit acht Tagen alle Welt weiß —, daß eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordnete bei der Wahlagitacion thätig gewesen sei. Dabei bemerkt der in politisch sehr bewanderte Herr: „Die Freisahrtikanten mit ihrer Geltung für das ganze Reich sind für solche Agitationsreisen in fremde Wahlkreise besonders brauchbar.“ — Der Herr hat wohl lange Jahre hintereinander geschlafen, sonst müßte er wissen, daß die Freisahrtikanten nur gültig sind von dem Kufenthaltsorte des Reichstagsabgeordneten nach Berlin und zurück. Die Redaktion der „Magd. Btg.“ druckt natürlich solche Unrichtigkeiten unbedenklich nach — es gilt ja, der Sozialdemokratie eins am Zeuge zu sitzen.

Auf Grund des Sozialistengesetzes hat das königliche Polizeipräsidium zu Berlin die nichtperiodische Druckchrift: „Sozialdemokratische Bibliothek. V. Unsere Ziele. Von A. Bebel. Eine Streitchrift gegen die „Demokratische Korrespondenz.“ Göttingen-Büch. Verlag der Volksbuchhandlung, 1886“, verboten.

## Schweiz.

Die Alkoholkommission hat ihre Sitzungen geschlossen, ohne daß eine Einigung über die Monopolfrage erzielt worden wäre. Es scheint, daß keiner der vorgelegenen Entwürfe die Kommission befriedigt hat. Die Angelegenheit wird sich nunmehr so gestalten, daß das eidgenössische Departement des Innern unter Rücksichtnahme auf die Distrikte in der Kommission und die gestellten Abänderungsanträge die Vorlagen neu redigiren wird, um solche der im Lauf dieses Monats nochmals zusammentretenden Kommission zur zweiten Lesung zu unterbreiten. Ungefähr die Hälfte der Kommissionsmitglieder scheint sich für das Monopol ausgesprochen zu haben.

## Franzreich.

Auf die Nachricht, daß der Präsident der Republik den Beschluß des Pariser Stadtraths, worin den Arbeitern in Decazeville 10 000 Franken bewilligt sind, für nichtig erklären werde, schreibt Rochefort im „Intransigeant“: „Wenn der Präsident der Republik sich herausnehmen würde, den Gewählten von Paris das Recht zu nehmen, von Stadtgeheimen deren Führung sie haben, 10 000 Franken für die brotlosen Arbeiter zu erheben, während man von denselben Gewählten 8 Millionen für die Ausstellung von 1889 fordert, so würde er einen so skandalösen Mißbrauch seiner Gewalt ausüben und

Augenblick war er wieder an der Oberfläche, warf einen Blick nach dem Schiffe zurück um zu wissen wo er sei, und schwamm mit langen festen Stößen nach der Richtung hin, wo das Kind sein mußte.

(Schluß folgt.)

## Aus Kunst und Leben.

Im „Deutschen Theater“ wird heute, Sonntag, der Königsknecht und morgen, Montag, „Ein Tropfen Gift“ gegeben. Frau Niemann tritt an diesem Abend zum letzten Mal vor ihrem Uraud als „Gertha“ auf. Am nächsten Dienstag, den 16. d. M., geht die „Antigone“ von Sophokles in der Uebersetzung von Donner und mit der Musik von Mendelssohn-Bartholdy neu in Scene. Das Orchester ist zu diesem Zweck bedeutend verstärkt und zur Ausführung der Chöre neben dem Chorpersonal des Theaters ein geschulter Gesangsverein genommen worden. Da derselbe aber wegen anderweitiger Beschäftigung nicht täglich disponibel ist, so muß bei den Wiederholungen auf diesen Umstand Rücksicht genommen werden. Die erste Wiederholung der „Antigone“ findet deshalb erst am nächsten Freitag, den 19. d. M., statt. — Im Uebrigen bringt das Repertoire dieser Woche Wiederholungen von „Rathen der Weife“, „Kätzchen von Heilbronn“ und „Der Königsknecht“.

Der zweite Zyklus Amerika-Kalifornien sowie eine Wanderung durch Baden, Wiesbaden, Heidelberg, Konstanz etc. gelangt in dieser Woche in dem vielbesuchten Kaiser-Panorama, Passage, zur Aufführung.

Projektirtes Repertoire der königlichen Schauspielerei vom 14. bis 21. März 1886. Im Opernhause. Sonntag, den 14.: Carmen; Montag, den 15.: Antigone; Dienstag, den 16.: Die Walküre (Herr Niemann); Mittwoch, den 17.: Ophelia; Donnerstag, den 18.: Alessandro Stradella, Wiener Phalar; Freitag, den 19.: Siegfried; Sonnabend, den 20.: Toni's Schatz, Coppelia; Sonntag, den 21.: Undine. — Im Schauspielhause. Sonntag, den 14.: Bürgerlich und romantisch; Montag, den 15.: Till; Dienstag, den 16.: Durch's Ohr, Drei Frauen und keine; Mittwoch, den 17.: Was ihr wollt; Donnerstag, den 18.: Sympathie, Or muß auf's Land; Freitag, den 19.: Uriel Acosta (Herr Sauer als G-ff); Sonnabend, den 20.: Bilder; Sonntag, den 21.: Till.

eine solche Beleidigung dem Generalrathe ins Antlitz schleudern, daß dieser sich das nicht ruhig gefallen lassen könnte, und müßte er in Wut seine Entlassung nehmen, als sich so in seinen Rechten und Befugnissen vergewaltigen zu lassen. . . Wir wissen, daß die Regierung, welche die Orleans schützt und sie niemals auszuweisen wird, sich kein Gewissen daraus machen wird, Partei für die Gesellschaft von Decazville gegen die Streiker zu ergreifen, von denen ihr jetzt Schach geboten wird. Sie hatte gehofft, die Vergleiche würden sich unterwerfen, und jetzt wird die Gesellschaft in Folge der von allen Seiten vorbereiteten Hilfe kapitulieren müssen. Diese Aussicht mißfällt den Beschützern des Herrn Leon Say. Aber von da bis zur Entziehung des Brodes, das man ihnen zuschickt, ist ein Abgrund, über den weder Herr von Freycinet, noch Herr Grey zu springen wagen werden. Es wäre uns zu leicht, dem Herr zu machen, daß es denn doch zu seltsam wäre, wenn der Präsident der Republik, der die Unkosten für die Tausche seiner Entlassungen vom Staate bezahlen läßt, die Stadt verhindern wollte, die bescheidenen Tisagelder der Unglücklichen zu bezahlen, die nur noch an den Fingern saugen. Wir fügen hinzu, daß das ein so arger Angriff auf die Freiheit und Gewalt der Gemeindeforporationen wäre, daß es fast einem Staatsstreiche gleicht."

### Spanien.

Ueber die Spaltungen im republikanischen Lager schreibt der Madrider Korrespondent der "Daily News": "Nach vielen Unterredungen während der letzten 3 Monate sind die republikanischen Führer Castelar, Pi y Margall, Salmeron und Figuerola zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Koalition der verschiedenen Zweige der Partei in Folge der verschiedenartigen Meinungsverschiedenheiten, welche sie von einander trennen, unmöglich ist. Senor Castelar weigert sich im Namen der gemäßigten Republikaner absolut, irgend welche revolutionäre Unternehmungen oder Erhebungen zu unterstützen oder zu ermuntern und besteht auf eine durchgesetzte Agitation, da er einen schließlichen Triumph von den Fortschritten der Royalisten während der langen Regentschaft erhofft. Senor Borilla und seine Freunde sind gewillt, sich um einige Siege während der kommenden Wahlen zu bewerben. Nichtsdestoweniger beharren sie dabei, ihre Agitation unter den Soldaten und dem Volke behutsam fortzusetzen. Senor Pi y Margall und die Fortschrittlichen, welche die Mehrheit der republikanischen Partei bilden, lehnen jedwede Theilnahme an den Wahlen am 4. April wegen der begrenzenden Bedingung des Stimmrechts, der parteiischen Wahllisten und der Befreiung der Behörden ab. Es dürften etwa 20 Republikaner, zumeist Anhänger Castelar's und Salmeron's, gewählt werden."

### Parlamentarisches.

Die Arbeiterschulskommission des Reichstags diskutirte gestern die Frage der "Arbeit der Wöchnerinnen". Das Resultat der Abstimmung war, daß es bei der jetzt geltenden Vorschrift des § 135 der Gewerbeordnung verbleibt, wonach Wöchnerinnen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen. Dann wurde in die Beratung der Frage der "Arbeit der verheirateten Arbeiterinnen" eingetreten. Ein Beschluß wurde heute noch nicht gefaßt.

Auf Grund eines sozialdemokratischen Projektes, der sich namentlich auf das gesetzwidrige Verbot von Wahlversammlungen stützte, überwies die Abtheilung II des Reichstags die Wahllisten über die Wahl des konserwativen Abgeordneten Landrath's von Fünde in Rottbus Spremberg am 9. Dezember 1884 der Wahlprüfungscommission. Bereits am 3. Dezember 1884 aber hat Herr von Fünde auf einem mit dem Trockenstempel des königlich preussischen Landrathes Landrath's versehenen Bogen ein Schreiben an die Polizeiverwaltungen in Rottbus, Belg und auch in Spremberg — welches gar nicht zu seinem Landrathskreise gehörte — verfaßt und unter Beifügung einer Abschrift des Protestes eingeschickt. Das Schreiben lautet: "Rottbus, 3. Dezember 1884. Im Auftrage und im Interesse der Wahlprüfungscommission des deutschen Reichstages, der m. s. l. r. . . zur gefälligen ausführlichen Erklärung rücksichtlich der in der Anlage sowohl wegen der Konstitution der Flugblätter als des Verbotes der sozialdemokratischen Versammlungen erhabenen Beschuldigungen. Hr. 3 Wochen. von Fünde, Mitglied des deutschen Reichstags." Dem ganzen Tenor des Schreibens entsprechend, haben die Polizeiverwaltungen dasselbe als ein amtliches ausgefaßt und demnachst beantwortet an den Landrath von Fünde. Wie die Spremberger Polizei dazu kommt, wissen wir allerdings nicht recht. Die Kommission bringt die Vorgänge zur Kenntniß des Reichstages und bemerkt dazu: "Sie — die Kommission — findet es zunächst durchaus ungehörig, daß das Schreiben d. d. 4. Dezember 1884 abgelaufen ist, im Auftrage und im Interesse der Wahlprüfungscommission." Ein solcher Auftrag ist selbstverständlich nicht erteilt worden, wird an ein Nichtmitglied der Wahlprüfungscommission nicht erteilt und konnte um so weniger erteilt werden, als die Kommission erst sechs Tage später die Wahllisten zur Prüfung erhalten hat." Ein Kommissionsmitglied verteidigte das Verhalten des Landrath's, indem es behauptete, die preussischen Landräthe bekämen ein Pausquantum für Bureaubedürfnisse, also gehöre das Papier mit dem Landestempel ihnen und sie könnten es auch für Privatwende gebrauchen. Die Antworten der betreffenden Polizeiverwaltungen hat Herr von Fünde durch Vermittelung des Präsidenten der Kommission zugehen lassen. In allen wird gleichmäßig auf eine Verfügung des Regierungspräsidenten v. Heyden vom 9. Februar hingewiesen, welche den Polizeibehörden zur Pflicht macht, Versammlungen, in denen sozialdemokratische Redner auftreten, von vornherein zu verbieten. Eine solche Verfügung widerspricht dem Beschlusse des Reichstags, wonach Wahlversammlungen nicht ohne Weiteres unter das Sozialstrafgesetz fallen sollen. Der Reichstag erachtet ein vorheriges Verbot für unzulässig. Der Reichstag wird sich vielleicht mit dieser Frage auch einmal generell beschäftigen müssen. Die vom Reichstage bezüglich der Wahl des Herrn v. Fünde erbetenen Ermittlungen hat Herr v. Fünde selbst herbeigeführt; deshalb beantragte ein Mitglied, die Wahl sofort für ungültig zu erklären. Es kam aber nur zur Beanstandung der Wahl.

### Lokales.

Professor Wagner, die Christlich-Sozialen und die Arbeiterpartei. Die Versammlung am Freitag in Sanssouci hat unsere Crachten wieder einmal bewiesen, wie wichtig es ist, wenn zwei Parteien öffentlich zusammen tagen, die so weit auseinandergehende Bestrebungen verfolgen, wie die Christlich-Sozialen und die Arbeiterpartei. Was Herr Professor Wagner will, das wissen wir, trotz der gegenwärtigen Verhinderung des Herrn Professors, seit Jahr und Tag, weil er es seit Jahr und Tag beständig wiederholt, wenn noch vor deren Vornehm im Abgeordnetenhaus, heute morgen vor den versammelten Rüstern und Subalternbeamten seiner Christlich-Sozialen. Neues vermag also Herr Wagner nicht anzubringen, und daß er am Freitag auch nur eine arme Seele dem sozialistischen Teufel abgenommen hätte — bei allem Bedenke, den er mit so vielen Gelehrten in überreichlichem Maße besitzt, glaubt er das wohl selber nicht. — Daß umgekehrt von den Heils recht wohlwärtigen, theils verbitterten, aber in Vornehm beschränkten Kleinbürgern irgend wer durch Rede oder Gegenrede zur Arbeiterpartei herübergezogen werden könne,

das halten wir wiederum für gänzlich ausgeschlossen. Die christlich-soziale Politik und die Politik der Arbeiterpartei wachsen aus ganz verschiedenen Interessenkreisen empor, jene aus den Bedürfnissen eines absterbenden Mittelstandes, der die heutige Entwicklung vernünftigt und hemmt, weil sie ihn vernichtet und unterjocht; diese aus den Bedürfnissen des täglich anwachsenden Proletariats, das jeglichen wirtschaftlichen Fortschritt mit Jubel begrüßt, weil er die Zahl und die Kraft des Proletariats vermehrt und so zur endlichen Befreiung der unteren Klassen führen muß. So wenig man Trauben auf dem Dornenstock ziehen kann, so wenig können sozialistische Ideen in den Kreisen der christlich-sozialen Parteigänger, und umgekehrt christlich-soziale Ideen unter den Arbeitern gedeihen. — Die Debatten am Freitag haben also zu gar keinem Ergebnisse, sondern nur zu einer Reihe recht dauerlicher Vermischnisse geführt. Der hochfahrende, schulmeisterliche Ton, den Prof. Wagner anschlug, war in der That so geeignet, die Arbeiter zu reizen, daß wir uns nur wundern, wie verhältnismäßig ruhig man ihn anhörte. Herr Prof. Wagner wird uns zugestehen, daß wir ihn nie durch meuchlerische Verdächtigungen und Beschimpfungen zu besitzigen versuchen haben, wir glauben vielmehr sehr gern an seine Ueberzeugungstreue, wenn wir auch recht wohl verstehen, wie andere bei seiner geradezu beängstigenden Wandlungsfähigkeit zu anderen Urtheilen gekommen sind. Wir müssen aber Herrn Prof. Wagner vorwerfen, daß er vor Arbeitern nicht die Achtung hat, welche sie verlangen und zu verlangen berechtigt sind, — das ging aus jedem seiner Worte und seiner ganzen Haltung hervor, so wie er, spricht man zu untreuen Schülern, aber nicht zu selbstbewußten Männern. Und nimmt man das Benehmen vieler Anhänger Wagners hinzu, welche es als Gnade zu betrachten scheinen, daß sie mit Arbeitern zusammen sitzen, so ist uns der gelegentliche Hervorbruch des Unwillens bei den Arbeitern sehr erklärlich. Unerträglich bleibt uns aber das Verhalten vieler Christlich-Sozialer. Wenn ein sehr würdig dreinschauender Herr bei der ersten geringsten Mißfällensbeziehung seitens einiger Arbeiter ruft: "Die Rüstler von Singer mögen doch heraufgehen!" — wir selbst saßen in der Nähe des Herrn — so müssen wir doch bemerken: entweder man achtet die Arbeiter als ebendürftig, dann kann man sie nicht wie bestellte und käufliche Varmacher behandeln und beschimpfen — oder man achtet sie nicht, dann soll man sie zu keiner Versammlung einladen.

Ueber eine sehr bedeutsame Reform in der Lebensversicherung wird uns berichtet. In der diesmaligen Generalversammlung der Lebensversicherungs-Gesellschaft in Leipzig wird von einer sehr großen Anzahl der Versicherten dieser Gesellschaft der Antrag gestellt werden, die Prämienzahlungen aufhören zu lassen, sobald das Risiko der Gesellschaft durch dieselben gedeckt erscheint. Dadurch würden diejenigen Versicherten, welche schon jahrelang ihre Versicherung durch gleichbleibende Prämien aufrecht erhielten, ohne jemals auch nur einen Pfennig ausgeschrieben zu haben, ansehnlich entlastet werden. Zur Ausgleichung dürfen dagegen den erst kurze Zeit Theilnehmenden keine oder doch nur ganz kleine Dividenden gewährt werden, denn das zu tragende Risiko für diese Versicherten ist noch zu bedeutend. Es wird nicht ausbleiben können, daß auch andere Gesellschaften in dieser Richtung sich zu Konzessionen sehr bald werden entschließen müssen.

In Folge vielfacher Infortunitäten sind die Apotheker neuerdings angewiesen worden, fortan zu den Signaturen der Arzeneien bei innerlichen Mitteln nur weißes Papier mit schwarzem Druck und bei äußerlichen Mitteln hellrothes Papier von möglichst auffälliger Färbung und auf welchem schwarze Schrift gut leserlich ist, anzuwenden. Auf der letzteren muß überdies noch das Wort "äugentlich" in deutscher Druckschrift angebracht sein.

Die Heizvorrichtungen in kleinen Wohnungen, namentlich in älteren Häusern, sind oftmals so mangelhaft, daß sie zu einem wahren Verden für die armen Mieter werden, die ein gutes Theil ihres sauer erarbeiteten Verdienstes für Heizmaterial ausgeben und dennoch keine erträglich warme Stube erlangen können. Bei der Temperatur während der letzten Zeit haben sich solche Mängel besonders empfindlich gemacht und es ist deshalb ein kürzlich auf dem hiesigen Amtsgericht I verhandelter Fall über eine solche Angelegenheit erwähnenswert. Ein in der Reichensgerstraße wohnender Tapezierer hatte seinen Wirth auf Herstellung einer ordnungsmäßigen Heizanlage verklagt, da der vorhandene Ofen in der Wohnung in Folge verschiedener Mängel nicht so zu heizen war, daß er die Stube erwärmte. Im Termin behauptete der Wirth, zu einer solchen Reparatur nicht verpflichtet zu sein; er schloß jedoch auf einseitige Anträge des Richters mit dem Kläger einen Vergleich dahin, daß der in der Wohnung vorhandene Ofen fortgenommen und dafür ein anderer eiserner Ofen angebracht werden sollte. Ist nun auch in diesem Falle die Sache nicht zu einer geschlichten Entscheidung gekommen, so scheint der Rechtsweg doch nicht aussichtslos. Es würde übrigens zu erwägen sein, ob gegen ungenügende Heizanlagen nicht auf Grund baupolizeilicher Anordnungen eingeschritten werden könnte; wenn man ein Eisenblech auf dem Holspießboden vor der Ofenbrühe und die Befestigung der Ofenklappe polizeilich verlangt, sollte man auch die übrigen Eigenschaften eines regelrecht funktionirenden Ofens fordern, die im baupolizeilichen wie im gesundheitslichen Interesse gleich nöthig sind. Drei kleine Kinder des oben erwähnten Tapezierers hatten in der nicht genügend heizbaren Wohnung Frostbeulen an Händen und Füßen erhalten. Bei dem beginnenden Mangel an kleinen Wohnungen ist es doppelt nöthig, die Wirths zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten; in der Ausübung ihrer Rechte sind sie vom Gesetze günstig genug gestellt.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

"Nur Heimsäcken können uns noch retten" — setzen unsere Konserwatoren, nachdem sie ihre Getreide- und Viehhölle eingebrummt haben. Wir glauben kaum, daß ein Bauernstand diesen Rufem Gehör schenkt, denn ihre Verwirklichung könnte wohl e i n z e l n e n Bauern die Taschen füllen, aber lediglih auf Kosten anderer, auf Kosten sogar ihrer eigenen Geschwister und Miterben, die aus ihren Taschen bezahlen müssen, was man jenen schenkt und die darum um so tiefer in Verschuldung und um so eher ins Proletariat hinabsinken. — Unser Grundbesitz ist überschuldet, das ist unleugbar und ist gerade von uns oft hervorgerufen worden. Und ein großer Theil der Schulden entsteht dadurch, daß, wenn ein Gut etwa unter vier Erben zu theilen ist, der Erde, welcher das Gut übernimmt, drei Viertel des Gutwerthes als Hypothek einzutragen läßt, um seine drei Geschwister abzufinden. Nun gebe man dem, der das Gut wirklich zu bewirtschaften gedenkt, nicht ein Viertel, sondern durch Beseitigung des gleichen Erbrechtes die Hälfte des Gutwerthes, so hat er freilich nur noch die Hälfte und nicht, wie früher, drei Viertel an seine Miterben auszugeben, seine Verschuldung beträgt also, wenn er alles als Hypothek aufnimmt, dreienstündig auch nur die Hälfte des Gutwerthes. Er ist also gebessert. Aber seine Geschwister sind um eben so viel verschlechtert, um ebensolch zurückgesetzt, wie er bevorzugt. Was hat also der Bauernstand, die Gesamtheit davon? Und wenn man nun, wie es die Freunde einer Heimsäckengebung verlangen, weiter auf diesem Wege wandeln wollte, so gäbe nicht nur beim Erbgang, sondern auch bei allen sonstigen Rechtsverhältnissen die Hälfte des Gutes als Heimsäcke erhalten, d. h. unverschuldigt bleiben müße, so würde man z. B. beim Gutverkauf nur verhindern, daß auch kleine Kapitalisten, kleine Bauern Land erwerben können. Heute können sie ein Gut kaufen, wenn sie

nur ein Viertel des Werthes in barem Gelde besitzen, weil sie drei Viertel als Hypothek einzutragen lassen können. Später werden sie das Doppelte besitzen müssen, denn sie können nur die Hälfte schuldig bleiben. Warum aber der, welcher mehr Geld besitzt, auch der bessere Landwirth sein soll, vermögen wir nicht einzusehen, das Interesse der landwirthschaftlichen Produktion scheint uns also durch solche Maßregeln durchaus nicht gewahrt. Daß das Interesse der Arbeiter hier überhaupt nicht ins Spiel kommt, ergibt sich auf den ersten Blick. Und somit möchten wir fragen, um welcher Interessen willen man hier die Rechtsgleichheit und den freien Vertrag beseitigen will. Fideikommiss für den Großgrundbesitz und nun, unter dem Namen der Heimsäcken, auch noch Fideikommiss für den Bauernstand — Methode ist allerdings in der Sache!

"Entbehrungen der oberen Stände", nennt es der christlich-soziale Pastor Seidel in einer Versammlung des christlich-sozialen Vereins zu Dresden, wenn Jemand aus diesen Ständen dem Hungerigen sein Brod breche und es mit ihm theile". Das sei auch ein F a s t e n. Man brauche bei diesen Worten nicht an den Kirchenritus zu denken und selbst leiblich zu fasten. Jubelnder Beifall seiner gut genährten Zuhörer lohnte den frommen Seelsorger. Wer denkt dabei nicht an die Entbehrungen, die Rothschild zum Beispiel erdulden muß, wenn er Almosen spendet, — o, die Leiden der Besitzenden sind sehr groß. Und wer denkt bei dem Ausdruck des Pastors Seidel nicht an jenen des sozialen Priesters, des Herrn Schulz-Delitzsch, der das Wesen des Kapitals im E n t b e r u n g s - L o h n des Unternehmers fand? Diese armen "oberen Stände", diese armen kapitalistischen Unternehmer!

Famose Zigarren. Wie amtlich im "Zentralblatt" publizirt wird, sind als Tabaksurrogate auch Weidenwurzeln zur Verarbeitung zugelassen, die auch mit einer entsprechenden Steuer belastet werden. Nach der vorliegenden jüngsten Reichsstatistik über die Tabaksteuer u. wurden als Tabaksurrogate versteuer 1640 Kilogramm Weichselröschblätter, 6344 Kilogramm gewöhnliche Kirschblätter, 20,269 Kilogramm Steinklee (Weilöthen-Blüthen) und 6796 Kilogramm eingefaltene Rosenblätter. Im Zollgebiet wurden hierfür 22,775 M. Steuern erhoben — Vorsüßliches Kraut!

Zur Schreibräuterei. Im Rochlitzer "Wochenblatt" sucht ein Schuhmacher einen Schreibräuterei. Dazu bemerkt der "Correspondent für Buchdrucker": Ob der Schuhmacher sich selbst eine "kleine" Buchdruckerlei zulegen will oder ob der Auftraggeber mit seinem Namen nicht in die Öffentlichkeit treten kann, weil derselbe möglicherweise abschreckend wirkt?

In Fürth haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Verneis'schen Schuhwaarenfabrik wegen bedeutender in keiner Weise gerechtfertigter Lohnver Kürzungen die Arbeit eingestellt. Hierdurch wurden ca. 118 Arbeiter und Arbeiterinnen brodlos, von denen ein großer Theil verheiratet ist. Es wird von dem dortigen Streikomitee dringend ersucht, den Zugang von Auswärts fernzuhalten.

Ueber den Streik in Decazville findet man jetzt die weitestreichendsten Mittheilungen in der Presse. Im allgemeinen sucht gegenwärtig die Bourgeoisie zu verbreiten, der Streik sei im Absterben. Wie man aber aus zuverlässigeren Quellen vernimmt, ist der Streik in der Ausbreitung begriffen und dehnt sich sogar auf die benachbarten Gruben aus.

### Vereine und Versammlungen.

\* Fachverein der Kohlegeher. Versammlung heute, Sonntag, Vorm. 10 Uhr, bei Wolff u. Krüger, Staligerstr. 126. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Richelsen. Diskussion. Ausnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Fragelasten.

\* Große öffentliche Versammlung der Drechsler, Knopfabriker und verwandten Berufsgenossen Sonntag, den 14. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Bus's Salon, Gr. Frankfurterstraße 87. Tages-Ordnung: Der Streik in der Knopfabrik von C. M. Siegel u. Co. Diskussion. Verschiedenes.

\* Öffentliche Versammlung der Handwerker und Arbeiter des Baugewerbes Sonntag, den 14. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Konzerthause Sanssouci, Rottbuserstr. 4a. Alle auf Bauten beschäftigten Handwerker und Arbeiter werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

\* Glacehandschuhmacher Berlins. Öffentliche Versammlung am Sonntag, den 14. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Liebrecht, Invalidenstr. 16. Sämmtliche Kollegen und andere Gewerkschaften sind hierdurch eingeladen.

\* Verband deutscher Zimmerleute (Vollverband Berlin W) Montag Abend 8 Uhr: Versammlung in Grunders Salon, Sämerinstraße 26. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

\* Verein zur Wahrung der Interessen der in der Gutfabrikation beschäftigten Arbeiter. Montag, den 15. März, Abends 8 Uhr, Generalversammlung in Siemens's Saal, Lindenstraße 8. Tages-Ordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Wahl der Revisoren. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Mitglieder werden vor der Versammlung im Lokal, sowie täglich bei Seeger, Prenzlauerstr. 39, aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 30 Pf., der monatliche Beitrag 25 Pf.

\* Verein der Arbeiterinnen Berlins. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 15. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstr. 178. Tagesordnung: Vortrag des Hl. Berger. Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes und Fragelasten. Nur Damen haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

\* Fachverein der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen. Versammlung am Montag Abend 8 Uhr im "Louisenstädtischen Konzerthause", Alte Jakobstr. 37. Tagesordnung: Das Arbeiterschutzes. Referent: Herr Oskar Krohm. Diskussion. Geschäftliches. Verschiedenes. Fragelasten. — Die Statutenbücher gelangen zur Ausgabe.

\* Fachverein der Luxuspapierträger und Papier-schläger. Montag, den 15. d. M., Abends 8 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Ballmüller über die Arbeiterfrage. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Billets zum Stiftungsfeste am 27. d. M. werden in der Versammlung ausgegeben.

\* Fachverein der Tischler. Montag, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Sägers Lokal, Grüner Weg 29. Tagesordnung: Vortrag des Schuhmachermeisters Herrn Meyner. Diskussion. Fragelasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

\* Fachverein der Schneider. Montag Abend in den Graßmühl'schen Bierhallen Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Förderung der künftigen Ausgaben des Vereins, betreffend die Gewährung von Rechtschutz für die Mitglieder, Reiseunterstützung und Bibliothek. 3. Vorlage der neu ausgearbeiteten Statuten, Beschlußfassung über dieselben. 4. Ergänzungswahlen der Lohn- und Arbeiterschulskommission. Nur Mitglieder haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

\* Verein der Modellschleifer. Montag Abend 8 Uhr, Adlerstr. 63, Vortrag des Herrn Schäfer. (Auch für Damen.) Gäste sind willkommen.

\* Verein ehemaliger "Wadlger". Montag, den 15. d., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Otto, Waldenstr. 21. Eine Versammlung des Mäntelnäherinnen-Vereins, zu der auch Gäste (Raufleute und Schneidermeister) Zutritt haben, findet Montag, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, im königlichen Kasino, Alexanderstr. 21, statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

# Theater.

**Sonntag, den 14. März.**  
**Opernhaus.** Carmen, Oper in 4 Akten, von Gounod. —  
**Mittags 12 Uhr:** Matinee zum Besten der Unterstufungs-Kasse des Vereins „Berliner Presse“. — Montag: Antigone.  
**Schauspielhaus.** Bürgerlich und romantisch. Lustspiel in 4 Akten von Bauernfeld. — Montag: Tilli.  
**Deutsches Theater.** Der Königsleutnant. — Montag: Ein Tropfen Gift.  
**Ballner-Theater.** Leichte Streiche. Vorher: Ein Ständchen auf dem Komptoir.  
**Residenz-Theater.** Denise. Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Belle-Alliance-Theater.** Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. 3 Akte.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Bigamiebaron, von Joh. Strauß.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Balshalla-Theater.** Das lachende Berlin. Geistes aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 8 Akten von Jakobson und Wilken.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Poussendädtisches Theater.** Abracadabra.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Central-Theater.** Der Stabs-Trompeter.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Viktoria-Theater.** Messalina.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**Ostend-Theater.** Deborah, Volkschauspiel in 4 Akten von Dr. S. H. Rosenthal.  
**Montag:** Diefelbe Vorstellung.  
**American-Theater.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Raufmann's Variete.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konfordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Alhambra-Theater.**  
 Ballertheaterstraße 15. [851]  
**Sonntag:**  
 Zum 2. Male:  
**Der Dämon des Spiels.**  
 Volkschauspiel mit Gesang in 4 Akten.  
 Vor der Vorstellung:  
**Gr. Konzert der Hauskapelle.**  
 Anfang des Konzerts **Wochentags** 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Anfang des Konzerts **Sonntags** 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Sons haben **Wochentags** Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

**Passage 1 Treppe. 9 U. Rosa bis 10 U. Ab.** [852]  
**Kaiser-Panorama.**  
 II. Abth.: Amerika, Kalifornien, Baden-Heidelberg, Konstanz, Wiesbaden etc. **Hertha-Reise.** a Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

**Oastan's Panopticum.**  
 Von 9 Uhr früh bis 9 Uhr Abends.  
**Bella Colla Indianer**  
 von der Nordwestküste Nord-Amerikas.  
 Vorführung von Szenen aus dem Indianerleben von 11-1 und 8-9 Uhr.  
 Gesamt-Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
 Eingang Behrenstr. und Passage 20.

**Sitting Bull Indianer**  
 Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf., für die Besueher des Panopticum Extra-Entrée 80 Pf., Kinder 15 Pf. [946]

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege  
**Heinrich Dube**  
 (Schwiegerater)  
 am 12. d. Mts. nach kurzem Leiden verstorben ist. [988]  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 16. d. Mts., Nachm. 3 1/2 Uhr, vom Kranienhaus im Friedrichshain nach dem Thomastischhofe statt.  
 Die Kollegen der Pianofabrik von Neumeyer.

Meine  
**Möbel- und Polster-Waaren-Fabrik**  
 befindet sich jetzt nur  
**Jerusalemstr. 65,**  
 nahe der Lindenstraße.  
**Georg Haake,**  
 früher Oranienstr. 85/86.

**Erste Produktiv-Genossenschaft Berliner Schneider**  
 (Eingetragene Genossenschaft)  
 Berlin S., Kommandantenstr. 61.  
**Herren-Garderoben jeder Art**  
 werden nach Maß angefertigt.  
 Reichhaltige Auswahl nur reeller in- und ausländischer Stoffe. Auf Wunsch Muster-vorlage im Hause der Kunden. Saubere Arbeit, guten Sitz, solideste Preise garantiert. [952]  
 Der Vorstand.  
 Ed. Siebert, A. Krause, J. Güntner.

# Warum

erfreut sich meine Summi-Wäsche einer immer größeren Beliebtheit?  
 Ein Herr braucht jährlich wenigstens:  
 3 Dyd. leinene Krage a 700 Pf. = 1400  
 Wäsche per Tag a 5 Pf. = 1800  
**Totalkost. d. lein. Wäsche p. Jahr = 3200**  
 4 Stüd Summitragen a 60 Pf. = 240  
 2 " Seife a 20 Pf. = 40  
**Totalkost. d. Summitrag. p. Jahr = 280**  
 Ersparnis zu Gunsten der Summiwäsche also 29,20 M. **Bei Manchetten ist der Vortheil noch größer.** Stüchtragen 50 Pf. Umlege tragen 70 Pf. Manchetten 1,20 Mark.

**!! Darum !!**  
 Billigste Bezugsquelle im Generaldepot der Hyatts-Wäsche **Maison Gray**, Taubenstr. 34, zwischen Friedrichstraße u. Schauspielhaus. NB. Auch **Handschuh, Kravatt, Hosentr.**

Empfehle meine Schlosserei und Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt. Nähmaschinen sämtlicher Systeme auf Lager. [834]  
**R. Piew, Ruskauerstr. 38, SO.**

**Prinzenstr. 53.** **Prinzenstr. 53.**

Herren- u. Einsegnungs-Anzüge, sowie Damenkleider und Mäntel im Tuchgeschäft **Prinzenstr. 53,** gegenüb. d. Turnhalle. **Theilzahlungen gestattet!**



Die **Wein-Grosshandlung**  
 889) von **Friedr. Schulze**  
**Hoflieferant Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl von Preussen, Lieferant der 3 Parlamente: Reichstag, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus, Berlin W., Königgrätzer-Strasse 15,** empfiehlt ihr Lager gut gepflegter

**Rother Bordeauxweine**

als:	M Pf
1881r Medoc Lamarque	1 20
" " Pontet Canet	1 25
" " St. Julien	1 25
" Kirwan, Cantenac	1 50
" Ducru, St. Julien	1 50
1880r Milon, Pauillac	1 50
1880r Château Montrose	1 75
1880r Château Beychevelle	1 75
1880r Château Calon	1 75
1878r Château Beaumont	2 —
1878r Château Pichon longueville	2 —
1878r Château Léoville	2 —
1878r Château Margaux	2 25
1878r Château Talbot	2 50
1878r Château Belair	2 75
1875r Château Larose	3 —
1878r Château Latour-Carnet	3 50
1881r Château Lagrange-St. Julien	4 50
1881r Château Mouton d'Armailhac, Grand vin, Originalgewächs	5 —
1874r Château Latour, II. Gewächs	5 —
1874r Château Lafite, II. Gewächs	6 —
1878r Château Léoville, Grand vin, Marquis de Lascases, Originalgewächs	7 50
1881r Château Gruaud Larose, Grand vin, Originalgewächs	8 —
1875r Château Léoville, Grand vin, Originalgewächs	9 —
1875r Château Gruaud Larose, Grand vin, Originalgewächs	9 50
1875r Château Latour, Grand vin, Originalgewächs	14 —
1875r Château Mouton Rothschild, Grand vin, Originalgewächs	15 —
1869r Château Margaux, Grand vin, Originalgewächs	16 —

Anserdem empfiehlt dieselbe ihr reich assortirtes Lager in anerkannt preiswürdigen **Mosel- und Rheinweinen, in Ungar. Burgunder sowie Madeira, Portwein, Sherry, diversen echten französischen und deutschen Champagner-Marken** zu den billigsten Preisen.

**August Herold**  
 Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.  
**Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.**  
 Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 490

**H. Liewald's Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,**  
 Frankfurter Allee 143,  
 empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten zur geneigten Beachtung! 642

**Berliner Lotterie.**  
 Hauptgewinne: W. M. 15,000, 8000, 6000, 5000, 4000 etc.  
**Gesamtw.: M. 151,000.**  
 Die aus goldenen und silbernen Münzen bestehenden Gewinne haben einen effektiven Werth von 90 Prozent des angezeigten Betrages. **Loose à 1 Mark** zur ersten Ziehung (bereits 7. April). Voll-Loose, für alle 3 Klassen gültig, 3 Mk. (für Porto und Liste 20 Pf.) empfiehlt **A. Aschenheim,** Berlin W., Friedrichstraße 171, und die durch Plakat belegten Handlungen.

**Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik** [984]  
**A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung).** **Keine Waare garantiert.**

**Cigarren- u. Tabak-Handlung**  
 en gros en détail  
**Fritz Goercki**  
 Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).  
 Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarren u. Tabake. Echt Nordhäuser Pantabak. [891]

**Regulatorfabrik.**  
 Wegen Verlegung nach außerhalb verlaufe die vorräthigen Regulatoren bedeutend billiger! Auch sind Wirtschaftsgegenstände und Hobelbänke zu verkaufen. [928]  
**J. Borchers, Stallschreiberstr. 11.**

**Kanarienvögel.**  
 Eigene Züchterei mit höchsten Preisen prämiirt. Lager von **Vogel- und Hechbauern.** Alle Futterarten. **Besten süßen Sommerrüben. Echten Kantussamen** gegen Heiserkeit und zur Beförderung des Gesanges. Alle Utensilien für Vögel. — Goldfisch Depot. [830]  
**Julius Michow,** Berlin SW., Friedrichstraße Nr. 247.

**Achtung!** **H. F. Dinstage,** Kottbuserstraße 4, Hof part. Rein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Bfd. 70 Pf. 848

**Roh-Tabak.**  
 Sämtliche in- und ausländische Tabake offeriren in Ballen und ausgewogen. 831  
**Sumatra**  
 von 165—500 Pf.  
**Berthold Frank & Co.**  
 N., Brunnenstr. 7.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete  
**Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)**

**No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.**  
 empfiehlt ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Borte und Knöpfe.  
**Herren-Garderoben**  
 jeder Art werden nach Maß angefertigt.  
**Keine Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Beste Preise.**  
 Der Vorstand und Verwaltungsrath.

**Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren**  
 eigener Fabrik von eigener Fabrik  
**C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Strasse Nr. 130,**  
 dicht an der Friedrichstraße,  
 empfiehlt sein Lager aller Arten Möbel und Polsterwaaren zu streng soliden Preisen. **Theilzahlungen gestattet.** 814

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein  
**Restaurant Wienerstraße 31**  
 eröffnet habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen.  
**F. Mitani.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 13. März, Nachmittags 1 Uhr.  
aus der Sitzung des Bundesraths: von Schelling, von Burchard.

Die zweite Beratung über den G. E. des Abg. Lenzmann, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- und Strafbestrafung, wird fortgesetzt.

Nach § 4 der Kommissionsbeschlüsse ist die Staats- bezw. die Reichskasse verpflichtet, den Schadenersatz zu leisten. Beide Klassen haben den Rückgriff an den wirklich Schuldigen.

Abg. Kintelen: Ich konstatiere laut und deutlich, daß gestern alle Mitglieder aller Parteien sich für die Kommissionsbeschlüsse entschieden haben, bis auf einen einzigen Abgeordneten, der bei der Abstimmung sich nicht von seinem Plaque erhoben hat. Das Recht bewußtsein im Volke hat damit einen so klaren Ausdruck gefunden, daß der Bundesrath den einstimmigen Beschluß des Hauses, wie ich hoffe, anerkennen und sich ihm nicht widersetzen wird. (Zustimmung.)

§ 4 wird angenommen.

Nach § 5 hat der Berechtigte die gerichtliche Klage auf Schadenersatz, wenn er durch die zuvor angegangene oberste Polizeiverwaltungsbehörde abschlägig entschieden ist.

Abg. v. Reinbaben will die Entscheidung über die Anträge auf Entschädigung dem Reichskanzler übertragen und dadurch die Vorlage in möglichstster Uebereinstimmung bringen mit den von dem Vertreter der Regierungen in der Kommission abgegebenen Erklärungen.

Abg. Kaiser beantragt, in § 5 einen Passus aufzunehmen, wonach der freigesprochene Verurtheilte von dem vorliegenden Richter über seine erworbene Berechtigung zu belehren ist, da die meisten derer Freigesprochenen gewöhnliche Leute aus dem Volke seien, die, wenn sie nicht über die einschlägigen Schritte sofort belehrt würden, leicht falsche Anträge stellen oder Fristen versäumen und so der Entschädigung verlustig gehen könnten.

Nachdem der Abg. Reichensperger den § 5 in der Kommissionsfassung befürwortet, wird er einstimmig angenommen, der Antrag Kaiser gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei, der Antrag Reinbaben einstimmig abgelehnt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die noch übrigen Bestimmungen des Entwurfs, sowie die mit ihm in Verbindung stehende Vorlage, betr. die Abänderung der Bestimmungen der Strafprozessordnung über das Wiederaufnahmeverfahren, nach den Vorschlägen der Kommission.

Es folgt die zweite Beratung des von Aussfeld eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Polltarifgesetzes. (Petroleumzuschlag.)

Die Kommission hat dem Antrage nachstehende Fassung gegeben:

„Dem § 2 des Polltarifgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung, betreffend die Redaktion des Polltarifgesetzes vom 24. Mai 1885, sind folgende Absätze hinzuzufügen: Die Umschließung, deren Gewicht bei der Verzapfung der Waare in das der letztere selbst mit einzurechnen ist, unterliegt, mag die Erhebung des Polls für die Waare nach Bruttogewicht oder nach Netto nicht vorgeschrieben sein, einer weiteren besonderen Verzapfung nicht. — Ist die Umschließung derart, daß sie als fabrik- oder handelsübliche Verpackung nicht anzusehen ist, und ist zugleich der auf ihr ruhende Poll höher als der auf der Waare selbst ruhende, so tritt, selbst wenn an sich eine Verzapfung der Waare unter Zugung des Gewichtes der Umschließung vorgeschrieben ist, Nettoverwiegung ein, und auf Grund des ermittelten Gewichtes sind die Umschließungen wie die Waare gefondert mit dem für jede derselben im Tarif vorgeschriebenen Pollsatz zu verzollen. Weiden Flüssigkeiten in zum Transport derselben eigens eingerichteten Vass- und Wasserfahrzeugen ohne anderweitige Umschließung eingeführt, so ist bezug der Verzapfung dem unmittelbaren Gewicht der Waare selbst ein der gewöhnlichen Verpackungsart entsprechender, vom Bundesrath festzustellender Gewichtszuschlag hinzuzufügen.“

Referent Struckmann: Die Kommission hatte sich, indem sie zu dem Antrage Stellung nehmen mußte, mit der Begutachtung jener Verordnung des Bundesraths zu befassen, nach welchem die Petroleumzuschläge, da dieselben in der Bruttoverzapfung des Petroleums nur den Pollsatz des letzteren tragen,

noch einem Zuschlagzoll unterworfen werden. Die Kommission hat aber die Definition der Regierung, der zu Folge sich das Petroleum als Böttchermasse darstelle und als solche verzollt werden müsse, nicht für richtig anerkennen und die Zweckmäßigkeit der Bruttoverzapfung nicht für durchschlagend erachten können. Die Bruttoverzapfung geschieht, wo sie Platz greift, vom Ganzen, Waare und Umhüllung werden identifiziert, es ist in Folge dessen unzulässig einen bereits verzollten Gegenstand nochmals zu verzollen. Daß die Verzapfung der Petroleumfässer im Interesse und zum Schutze des Böttchergewerbes geboten erscheine, kann die Kommission nicht erkennen, denn von der jährlich aus Amerika bezogenen einen Million Fässer Petroleum wird kein Stück weniger eingehen, wenn ein besonderer Fäßzoll erhoben wird, denn die Zahl regulirt sich durch den Bedarf an Petroleum. Aus diesen Gründen hat die Kommission die vom Bundesrath erlassene Maßregel als mit dem bestehenden Gesetz nicht im Einklang stehend erachten können, sie hat aber geglaubt, die Sache klarer hinstellen zu sollen, damit jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Staatssekretär v. Burchard: Was die letzte Aeußerung des Herrn Referenten betrifft, so möchte ich doch konstatieren, daß, wenn es notwendig wird, ein besonderes Gesetz zu erlassen, welches einen neuen Rechtszustand schaffen soll, so ist doch daraus sicherlich nicht zu folgern, daß die Auslegung, welche der Bundesrath dem Gesetze gegenüber hat, falsch ist, und daß er die verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten hat. Der Tarif kennt Gewicht- und Stückzoll und § 2 desselben bestimmt, wie der Gewichtszoll erhoben werden soll. Für Petroleum ist der Bruttozoll angeordnet, nirgends aber im Gesetz ist es verboten, für die Umhüllungen einen besonderen Zoll zu erheben. Andererseits sind im Gesetz die einzelnen Fälle von Zollbefreiungen aufgeführt, dieses Falles ist dabei aber nicht gedacht und § 2 berührt die Frage, in welcher Weise die Umhüllung von Waaren einer Verzapfung unterworfen sind, meines Erachtens gar nicht. Darum hat der Bundesrath diese Frage einer besonderen Regelung unterworfen. Die Zahl der jährlich eingehenden Petroleumfässer ist nicht eine Million, sondern 3 Millionen Stück, zweifellos eine ganz bedeutende Differenz. Die Maßregel soll bewirken, daß die Fässer in erhöhtem Maße wieder zur Ausführung kommen und dieser Hauptzweck ist damit erreicht.

Abg. Gerlich: Die „Breitauer Zeitung“ hat behauptet, daß ich der Einzige gewesen sei, der in der Kommission den Bundesrath unterstützt hätte. Nationalliberale und Freisinnige hätten sich frei zur Seite gestanden, und auch ein konservativer Redner habe den Beschluß des Bundesraths mißbilligt. Der Beschluß der Kommission ist nicht mit allen gegen eine, sondern mit 6 gegen 4 Stimmen gefaßt worden. Außerdem entfernt sich dieser Beschluß gänzlich so sehr von dem, was der Bundesrath ins Leben geführt hat. Vor 17 Jahren bei Abfassung des Zollvereinsgesetzes konnte man den Petroleumtransport nur in Fässern. Seitdem hat sich eine Art von Revolution im Transportwesen vollzogen. Seit Jahren wird das Petroleum in Bisternenwagen eingeführt und die Einfuhrung von Bisternenwagen steht bevor. Für diesen Fall aber würden, um einer Zollumgehung vorzubeugen, nach Absatz 2 des Kommissionsantrages die Fässer doch zu verzollen sein, also derjenige Zustand eintreten, den der Bundesrath jetzt eingeführt hat. Die Bundesrathsverordnung bewegt sich ganz auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit. Die Beschwerte, daß die Fässer jetzt zu billig seien, der Verdienst mit den Fässern also gekürzt sei, geht von den Rentieren aus, welche sonst immer die Billigkeit für den Konsumenten im Munde führen. Ich distreite aber diese Behauptung. Ich bitte Sie, den Kommissionsbeschluß abzulehnen, nachdem der Staatssekretär selbst erklärt, daß derselbe praktisch schwer durchführbar und für den Bundesrath kaum annehmbar sei. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer (Zena): Die Nothwendigkeit eines neuen Gesetzes ist von der Mehrheit der Kommission durchaus anerkannt worden; wir wollten dem Bundesrath die Möglichkeit geben, sich mit uns auf einem Boden zu vereinigen. Einen Zuschlagzoll lenkt man er Tarif nicht, wenn also der Bundesrath für das Petroleum einschließend des Fasses einen Zoll von 6 M. und dann für das Faß noch einen Zoll von 4 M. einführt, so kommt dies hauptsächlich auf eine Nettoverzapfung des Petroleums heraus, oder es wird dadurch geradezu ein neuer Zoll eingeführt auf Petroleumfässer, der bisher nicht erhoben wurde. Dazu ist der Bundesrath nach Lage der Verfassung und der Gesetze in keiner Weise berechtigt. Er hat auch bis zum Herbst vorigen Jahres diejenigen Grundzüge befolgt, welche wir für geltendes Recht ansehen. Der Artikel der „Breitauer Zeitung“, den Herr Gerlich zitierte, bezieht sich auf ein früheres Stadium der

Kommissionsverhandlungen. Bei der Erörterung der Rechtsfrage war Herr Gerlich wirklich der Einzige, welcher den Standpunkt des Bundesraths vertrat. Der konservative Abgeordnete Klemm stand auf unserer Seite (hört! hört! links), auch das Centrum, welches sonst für den Schutz der nationalen Arbeit eintritt. Wenn andere Staaten die Bierfässer in ähnlicher Weise behandeln, wie wir die Petroleumfässer, dann würde die deutsche Bierkonkurrenz im Auslande fast unmöglich gemacht. Ich bitte Sie, den Beschluß der Kommission anzunehmen. (Beifall links.)

Abg. Proemel: Der Abg. Gerlich hat mit einer Beleidigung gegen unsere Wähler begonnen. Er sprach von den freisinnigen Wählern, die aus gewissen Klättern ihren Bedarf an politischer Untheilnahme beziehen. Nun, daß der Abg. Gerlich hier im Hause einen Sieg hat, verdankt er allein der Einsicht der freisinnigen Wähler. Er ist gewählt worden in einer Stichwahl, die dadurch allein zu seinen Gunsten entschieden wurde, daß die freisinnigen Wähler für ihn stimmten. (Zuruf: „Das wäre ja beinahe ein Beweis für ihre Untheilnahme.“) Weiterleft Herr Gerlich sprach von einem Monopol. Allerdings, der Bundesrathsbeschluß schafft ein Monopol für gewisse Großhandelshäuser. Wir bekämpfen dies Monopol ebenso wie jedes andere Monopol; und ich weiß nicht, wie Herr Gerlich und Inkonsequenz vorwerfen kann. Wenn der Bundesrathsbeschluß bewirkt sollte, daß künftig das Petroleum in amerikanischen Bisternenwagen eingeführt wird, so wäre das für unsere deutsche Seeschiffahrt ein harter Schlag. Ich bitte Sie, dem Kommissionsvorschlag zuzustimmen, und konstatire dabei noch, daß die mit diesem Bundesrathsbeschluß gemachten Erfahrungen mehr und mehr in Handels- und Gewerbetreibern die Ansicht befestigt haben, daß alle solche Fragen wie die vorliegende, nicht dem Bundesrath zur Entscheidung überlassen, sondern gesetzlich geregelt werden müssen. (Zustimmung links.)

Der Kommissionsantrag wird darauf gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und des kleineren Theils des Centrums angenommen.

Es folgt die Beratung des Berichtes der Kommission über den Antrag Aussfeld und Genossen wegen Zulassung des Rechtsweges in Zollstreitsachen.

Die Kommission beantragt:

1. den Bundesrath zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schließliche Entscheidung der in Zollsachen auftauchenden Rechtsfragen dem Rechtswege oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überweist;

2. den Antrag Aussfeld und Genossen durch Annahme der Resolution für erledigt zu erklären;

3. die Petition der Handelskammer zu Frankfurt a. M., die Errichtung eines Reichs-Tarifamtes für Zollwesen betreffend, durch die gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Die Abgg. Gerlich und Genossen beantragen, an Stelle der Nr. 1 des Kommissionsantrages zu beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bezug einseitlicher und beschleunigter Entscheidung von Tarifstreitigkeiten die Errichtung eines Reichs Zolltarif-Amtes in Erwägung zu ziehen.

Referent Abg. Meyer (Halle) führt aus, es sei in der Kommission anerkannt worden, daß eine Form gefunden werden müsse, in der Zollstreitigkeiten erledigt werden können, ohne daß allein die Verwaltungsbehörden entscheiden. In der Kommission seien drei Wege vorgeschlagen worden, man habe aber die Diskussion darüber nicht zu Ende geführt, weil der Reichssekretär, abweichend von seinem im vorigen Jahre eingenommenen Standpunkt in der Kommission, erklärt habe, daß der Bundesrath geneigt sein werde, diese Frage in Beratung zu nehmen. Nachdem so die Richtung des Bundesraths, auf die Frage einzugehen, konstatiert war, glaubten die Antragsteller selbst, auf die weitere Beratung des Antrages verzichten zu müssen, weil nun weder im Hause, noch in der Kommission eine Mehrheit für den Antrag zu finden gewesen wäre, und weil es besser sei, wenn bei der Weiterbildung der Verfassungsinstitutionen die Initiative vom Bundesrath ausgeht. So sei die Kommission dahin gelangt, sich auf eine Resolution zu beschränken und so dem Bundesrath die nöthige Anregung zu geben.

Reichssekretär v. Burchard: Meine Aeußerungen in der Kommission stießen durchaus nicht im Widerspruch mit dem, was ich im vorigen Jahre erklärt habe. Auch diesmal habe ich mich, wie damals, durchaus gegen die Zulassung des Rechts- oder des verwaltungsgerichtlichen Weges in Zollstreitsachen ausgesprochen, und gesagt, daß durch eine solche Zulassung

## Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Das Branntweinmonopol ist todt. Lange genug hatte es die Gemüther in Aufregung erhalten, jetzt athmet man erleichtert auf. Silka, Nordhäuser, Rognat, und wie die verschiedensten anderen magenstärkenden und magenerwärmenden Flüssigkeiten sonst noch heißen mögen, haben ihre fernere Existenzberechtigung sich gewahrt, Lebermann darf sich unbedürmmert um eine drohende Zukunft wieder dem Genuß des liebgewordenen Schnäpsschens hingeben.

An unserem öffentlichen Leben ist der wichtige Akt ohne merklichen Eindruck vorübergegangen. In allen Theilen des monopolbefreiten deutschen Vaterlandes war es jedoch nicht so, in verschiedenen Gegenden wurde die Niederlage des Monopols wie ein Volksfest gefeiert; weggeliebete Jungfrauen und Quirlanden, Flaggen und Böllerschüsse bildeten den Apparat, mit welchem man das Weiterbestehen des edelsten aller Schnäpse, — der Franzose nennt ihn maison du nord —, zu feiern für nöthig hielt. In Nordhausen, jenem Orte, der von Kennern nur mit heiliger Pietät genannt wird, weil von dort das beliebteste Getränk und die besten Lieder kommen, errigte der ablehnende Beschluß der Monopolkommission einen ungeheuren Jubel. Man muß eben Nordhäuser sein, — pardon, in diesem Falle muß es doch wohl „Nordhäuserer“ heißen, — um die Berechtigung dieses Jubels voll und ganz verstehen zu können. Wir hatten nun freilich nicht das Glück, das Licht der Welt in jener alten Stadt zu erblicken, in dessen Leben die Interessen Berlins und Nordhausens in einem ganz eigenartigen Verhältnis zu einander.

Mancher Leser dürfte hierbei wohl verwundert den Kopf schütteln, denn auf den ersten Blick ist ein Zusammenhang zwischen Berlin und Nordhausen nicht so leicht zu entdecken. Man vergegenwärtige sich jedoch nur die spezifischen Getränke dieser beiden Städte, und es kommt ganz von selbst Klarheit in die Sache. Was wäre für den Kenner die

Berliner Weiße ohne die Würze eines richtigen Nordhäuser? Es soll allerdings ein ziemlich widerstandsfähiger Magen erforderlich sein, wir unsere Leser müssen uns in dieser Beziehung auf das Urtheil Anderer verlassen. So entgegnete uns einmal ein Mann, dessen gewaltiger Schmerzbau auch dem spöttischsten Skeptiker Achtung abgewann, und dessen roth und bläulich funkelnde Nase von vielen dazwischen sitzenden bei jenen Getränken Zeugnis ablegte, auf unsere beschreibende Frage, weshalb er zu jedem Schluck Bier einen dito Nordhäuser nehme, die denkwürdigen Worte: „Ja, wissen Sie, bei brodene Bier schmeckt doch alleene ooch nich!“

Einer derartig imponirenden Lebensweisheit gegenüber durfte man es überhaupt wagen, einen Monopolgedanken zu fassen? Hätte man jenem braven Mann nicht jegliche Freude an diesem irdischen Dasein genommen, wenn der Reichsoberfiskusminister die Nuanze eines richtigen Nordhäuser nicht getroffen hätte? Wie hätte er sich das trockene Bier ansechten sollen, und wäre der Konsum an Weißbier nicht so ipso ebenfalls systematisch zurückgegangen? Wir Sterbliche von gewöhnlichem Körperumfang sind in Bezug auf Weißbiertrinken ja überhaupt nicht mitzuzählen, wir sind mit einer „Kleinen“ vollständig zufriedengestellt, es kommt hierbei doch nur auf jene Korpphän an, die das Getränk massenhaft zu konsumieren im Stande sind. Es wäre also durch die Annahme des Monopols eine ganz bedenkliche Verschiebung unserer gesellschaftlichen Zustände eingetreten, selbst Weißbierphilister, die ruhigsten Geschöpfe von der Welt, wären zu unzufriedenen Mitgliedern der Bürgerschaft geworden; wer weiß, vielleicht wäre schließlich noch ein Ausnahmegesetz für Weißbiertrinker entstanden.

Glücklicher Weise ist diese Gefahr noch abgewendet worden. Inzwischen mehren sich die Zeichen des kommenden Frühlings immer noch nicht, es ist immer noch gleichmäßig kalt, von Lenz und Liebe ist noch nichts zu spüren. Auf dem Berliner Boß singt man geistliche, liebliche Lieder;

trotzdem scheint man sich dabei garnicht so schlecht zu stehen, für Arbeiter waren die Polizeiverordnungen jedenfalls nicht nöthig. Es muß für das sogenannte Bodpublikum übrigens ein recht erhebendes Gefühl sein, unter Aufsicht des Schutzmanns kniepen zu dürfen. Es geht nichts über ein harmloses, unversälfertes Vollevergägen. Es ist immerhin ein Zeichen dafür, daß die Gemüther versöhnlicher geworden sind, denn der grüne Wagen, der radaulustige Knaben erwartet, ist kein angenehmes Transportmittel; man stellt jetzt die Sache über die Personen und strebt in besonnener Weise, es zu ermöglichen, daß auch der Aermste am Sonntag sein Fuhrn im Topfe sich denken kann. Man geht Sonntags eben nicht nach dem Boß, und hat daher die nöthige Ruhe, sich jener appetitireizenden Beschäftigung widmen zu können.

In recht ungerechtfertigter Weise geht man jetzt von Seiten der Gerichte gegen unbedingte Wohltäter der Menschheit vor.

Man vermag jetzt Leute, die darauf ausgehen, alle lahlgeordneten Schädel wieder mit frischem Lodenwuchs zu versehen. Ein offenbar schlecht beanlagter Mensch, der sich Billen zur Erzeugung eines appigen Haarbestandes zulegte, bekam zwar keine Mähne, aber Diarrhoe. Es war wenigstens erwo fürs Geld. Was giebt es auf der Welt wohl schöneres als einen jierlichen Schnurrbart; man braucht wahrhaftig eine höhere Lächterschülerin zu sein, um für diese Se männlichen Wesens zu schwärmen. Jene erfreunde sorgen doch dafür, daß leerstehende halb sechs Wochen auf das Dichteste behaart zarte Flaum auf der Oberlippe war schon oft der art für eine heiße verzehrende Liebe. Doch über e können höchstens Wachsische genügende Auskunft. Verursacht ein Ruß von zaribeschnurrdarteten ht dasselbe Gefühl, als ob jemand mit einer itärste über den knospenden Rosenmund fährt? Und sanft Lippe Und Leute, die dafür sorgen, daß lähne Schnurrbärte

nicht nur die Grenzen zwischen Politik und Verwaltung verschoben werden, sondern auch, daß die beteiligten Interessenten selbst gegen die Zulassung sind. Ein Reichstagsamt würde vielleicht zweckmäßig sein, sowie es die Handelskammern vorschlagen. Ueber die Stellung des Bundesrats zu dieser letzteren Frage kann ich mich indessen noch nicht definitiv erklären.

Der Antrag Gerlich wird gegen die Stimmen der Deutsch-Konservativen und eines Theils der Reichspartei abgelehnt; der Kommissionsantrag wiederum gegen die beiden konservativen Fraktionen und einen Theil desentrums ange nom men. Damit sind der Antrag Ausfeld und die dazu eingegangenen Petitionen erledigt.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Dritte Beratung des Nachtragsbeitrags, der Anträge Reichensperger (Berufung) und Benzmann (unschuldig Verurtheilt), sowie kleinere Gegenstände.)

### Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 13. März, 11 Uhr.

Am Ministerische von Gögler, Lucius und Kommissarien.

Die Beratung des Kultussetats wird fortgesetzt. Zu Kapitel 121, Elementar-Unterrichtswesen, verwehrt

Abg. v. Stabrowski den katholischen Klerus der Provinz Posen gegen die in einem Bescheide des Ministers auf die Bitte um Aufhebung einer Simultanschule enthaltene Bescheidung, es werde prinzipiell der deutsche Unterricht mechanisch ertheilt. Der auf den ganzen Stand geschleuderte Vorwurf sei unerhört, weil unbegründet. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rndrde (Dfr.) bringt das nach der „Badaogischen Zeitung“ vom 11. Februar d. J. von Professor v. Treitschke über die Volksschule und deren Lehrer, dem. die seminaristische Bildung gefällte Urtheil zur Sprache. Professor v. Treitschke habe sich darnach dahin ausgesprochen, daß es wohl wünschenswerth wäre, wenn, wie zur Zeit Friedrich Wilhelms des Ersten, die Volksschullehrerposten mit ausgebildeten Korporalen besetzt würden; die Seminaristen müßten zu viel, um wirksam die Kinder unterrichten, und zu wenig, um als gebildet gelten zu können. Wenn ein akademischer Lehrer ein solches Urtheil aussprechen könnte, so müßte man sagen, dann sei die ganze Entwicklung der Volksschule spurlos an ihm vorübergegangen.

Abg. Lassen begründet den Antrag, die Staatsregierung aufzufordern: 1. das Schullehrerseminar in Hadersleben bis zum 1. April 1887 nach Londern zurückzuverlegen und alsdann das Seminar daselbst in seiner früheren Gestalt mit einer deutschen und einer dänischen Abtheilung wieder herzustellen; 2. anstatt des Seminars in Hadersleben daselbst eine auf die weitere Fortbildung der Schulpflichtigen berechnete Realschule mit dänischer Unterrichtssprache zu gründen und zu unterhalten und 3. die erforderlichen Mittel in den Etat 1887/88 einzustellen.

Kultusminister v. Gögler: Die Doppelanstalt in Londern war etwas unglücklich für die Verwaltung, die Regierung entschloß sich daher zur Theilung und Verlegung der einen Hälfte mitten in das dänische Sprachgebiet hinein. Die Trennung hat sich gut bewährt. Die Gründung einer Realschule mit dänischer Unterrichtssprache würde durchaus anormal sein, abgesehen davon, daß die in Hadersleben bereits bestehende Doppel-Gymnasial-Anstalt durchaus nicht eine Frequenz aufweist, welche die Neugründung einer höheren Lehranstalt angezeigt erscheinen ließe. Was die Bemerkungen des Abg. Rndrde betrifft, so muß ich mich, wie leicht erklärlich, jedes Urtheils über die Neuerung eines akademischen Lehrers enthalten, zumal ich nicht einmal weiß, was wirklich gesagt worden ist.

Abg. Schröder tritt für den Anschauungsunterricht in den Volksschulen ein.

Abg. Dr. Rithoff erblickt in dem Angriff des Abg. Rndrde auf den Prof. Treitschke einen Eingriff in die akademische Vorfreiheit. Er könne nicht begreifen, wie der Abg. Rndrde sich sogar dazu verheißt, die Hilfe des Kultusministers gegen Prof. Treitschke anzurufen.

Abg. Scheffer erkennt an, daß die Neuerung des Professors Treitschke, wenn sie richtig wiedergegeben, nicht geschmacklos sei. Indessen entspreche es nicht den urbanen Gewohnheiten des Hauses, einen Abwesenden gewissermaßen in contumaciam zu verurtheilen.

Die Abgg. Hansen und Graf Baudissin erklären sich gegen den Antrag Lassen.

Abg. Rndrde verwehrt sich dagegen, daß er die akademische Vorfreiheit habe antasten wollen; er habe nur die parlamentarische Redefreiheit benutzt, um den Lehrerstand, der ebenso ehrenreich sei wie der Professorenstand, gegen einen unter dem Schutz der akademischen Vorfreiheit erfolgten Angriff zu verteidigen.

Abg. Symula schildert anknüpfend an seine Bemerkungen in der Plenardebate den Zustand der polnisch-deutschen Schulen in Oberschlesien als einen sehr traurigen, den er auf eine verkehrte Unterrichtsmethode zurückführt.

Abg. von Gannern bemerkt, daß die Rede des Abg. Rndrde auf ihn und seine Freunde einen peinlichen Eindruck gemacht habe. Dieselbe habe einen Angriff auf die freie wissen-

schaftliche Forschung, die Lehr- und Lernfreiheit enthalten. Er (Redner) fühle sich als persönlicher Freund des Prof. Treitschke veranlaßt, diesen Angriff zurückzuweisen. Da Abg. Rndrde selbst zugegeben habe, daß er den authentischen Wortlaut der angeblichen Treitschke'schen Äußerung nicht kenne, so müsse er seine Rede als einen der leichtfertigen Angriffe auf eine bedeutende Persönlichkeit dieses Landes bezeichnen, die niemals vorgekommen seien. (Oho! links.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Rndrde, daß sein Bistat über die Worte Treitschke's widerspruchlos in mehreren pädagogischen Blättern gefandert habe.

Der Antrag Lassen wird an die Budgetkommission verwiesen und Tit. 1-22 des Kapitals bewilligt.

Die Zahl der Realschulinspektoren im Hauptamte soll um 20 vermehrt werden und künftig 220 betragen. Es hat sich, wie die Bemerkung zum Etat ergeben, die engere Begrenzung einer Anzahl von Inspektionsbezirken zur erfolgreichen Führung der Geschäfte als notwendig herausgestellt.

Die für die 20 neuen Stellen insgesammt erforderlichen 104 840 Mark werden vom Hause gegen die Stimmen desentrums bewilligt.

Titel 28 „Behufs Errichtung neuer Schulstellen 250 000 M.“ und 29a „Zur Unterstützung unermöglicher Gemeinden und Schulverbände bei Elementarschulbauten 650 000 M.“

Die Titel werden nach kurzer Diskussion bewilligt.

In Titel 29 sind vom ersten Male 1 800 000 Mark zu Pensionen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen in Konsequenz des Lehrerpensionsgesetzes vom 6. Juli 1885 ausgetragt.

Die Position wird genehmigt, desgleichen der Rest des Kapitals.

Es folgt Kap. 122 „Kunst und Wissenschaft“

Bei Tit. 1-6, Kunstmuseen in Berlin 836 120 Mark, fordert Abg. Rndrde die Verdrängung der Fonds für die Kunstpflege resp. die Verwendung derselben vorzugsweise im Interesse der ausübenden Künstler statt im Interesse der Verwaltung.

Minister v. Gögler erwidert, daß er schon vor Jahresfrist diese Nothlage anerkannt und die Hoffnung ausgesprochen habe, den heimischen Künstlern mit größeren Mitteln zu Hilfe kommen zu können, sobald die Verbesserung der Finanzlage es gestatte. Bisher sei dies nicht möglich gewesen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Cremer werden die Titel bewilligt.

Bei Titel 7-11 „Nationalgalerie in Berlin“ 80 170 M. dankt

Abg. v. Meyer (Arnswalde) der Verwaltung für die Ausstellung bemalter Statuen, aus der er freilich die Uebersetzung geschöpft habe, daß die alten ihre Statuen nicht bemalt haben (Widerspruch), wenigstens nicht in ihrer klassischen Periode. Auch bezweifelt er, daß bei der Bemalung von Statuen die Keuschheit hätte gewahrt werden können; übrigens könne man ja an der berücksichtigten Bacchantin von Kallide die praktische Probe machen (Große Heiterkeit), dann würde die Gruppe bald dahin kommen, wohin sie gehört, in die Erde, wo sie Niemand sieht.

Bei den Titeln 12-16 (Königliche Bibliothek zu Berlin) berührt Abg. Schmidt (Stettin) die Neuordnung, die in der Verwaltung der königlichen Bibliothek zu Berlin getroffen ist und wünscht die Erhöhung der Mittel zur Neuananschaffungen für die Bibliothek.

Abg. Kropatschke: Ich habe nur dem Minister meinen Dank auszusprechen für das, was er in den letzten Jahren an den Bibliotheken gethan. Wenn ich früher darauf hingewiesen, daß es Pflicht der königlichen Bibliothek sei, die geistlichen Produkte unserer Nation zu sammeln, so weit das möglich ist, so freut es mich, daß dieser Grundgedanke in dem neu ausgearbeiteten Statut für die königliche Bibliothek Anerkennung gefunden hat. Denn der Gedanke einer großen Reichs-Bibliothek wird wohl ein schöner Traum bleiben. Zu bedauern ist, daß die Position von 75 000 M., welche der vorjährige Etat im Extraordinarium aufwies für Neuananschaffungen jetzt auf 60 000 M. herabgesetzt ist. Dieser Satz muß entschieden festgehalten werden, wenn nicht bedauerliche Lücken entstehen sollen. Zum Schluß möchte ich dem Herrn Minister noch anheimgeben, nicht zu große Summen auf den Ankauf von Handschriften zu verwenden. Wir werden in dieser Beziehung doch nicht mit der Pariser und Londoner Bibliothek konkurriren können.

Abg. Vieber wünscht, daß unsere Bibliotheksbeamten den Gymnasiallehrern in Gehalt und Rang gleichgestellt werden.

Geheimrath Rithoff erwidert, daß die Einrichtung einer Präsenzbibliothek (schon durch unser Bibliotheksstatut ausgeschlossen ist. Für die Anregungen, die heute erfolgt sind, kann die Verwaltung nur dankbar sein. Man muß dabei aber immer berücksichtigen, daß wir erst am Anfang der Reorganisation unserer Bibliotheksverwaltung stehen. Es soll eine Benutzungsordnung auf liberaler Grundlage ausgearbeitet werden.

der Meinung sich dadurch verständlicher zu machen — während sich in Wirklichkeit beide sehr guter Gehörorgane erfreuen. Die Abneigung der beiden „Schwiegeröster“ gegen einander wird durch diese stürmische Unterhaltung eine so große, daß Denenberg schließlich wieder abreist und auch Bahlmännel den Gedanken, des letzteren Sohn zu seinem Schwiegersohn zu machen, vollständig aufgibt. Der Plan des Komtoirdieners Seege war geplatzt; der Widerstand Bahlmännels gegen den Prokuristen Reinhold gedrohen und aus Reinhold und Lieschen wurde ein Pärchen. — Das Publikum nahm die übermüthige Pötte enthusiastisch auf und sollte den Darstellern, besonders dem Herrn Bente (Reisender Schwuppe) wohlverdienten Beifall.

Im Ostend Theater gelangt am Dienstag „Der Vettermann und sein Pflögekind“, Original Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Epailotte Birch Pfeiffer, zur einmaligen Aufführung und zwar zum Besten der Soubrette Fräulein Emilie Berningshausen. Die Benefiziantin spielt die „Ladenmamsell Fette“, eine Rolle, die ihr hinreichend Gelegenheit bietet, ihr Talent zu entfalten. Einige neue Kuppel-Singagen werden nicht fehlen. Auch die übrigen Hauptrollen befinden sich in guten Händen, so spielt Herr Regisseur Gimm den „Friedner Kranich“, Herr Schmitt den „Wilm Peterson“, Herr Samst den „Lude Knallhammer“ und Fräulein Ida Müller das „Rielchen“. „Bunte Welt.“ Unter diesem Titel soll vom 1. April d. J. eine neue, große illustrierte Zeitung mit farbigen Bildern erscheinen. Wie verlautet, planen die Herausgeber des neuen Blattes, das zum Preise von 10 Pf. pro Nummer vorausgibt werden soll, eine bisher unerhörte starke Auflage. Der Inhalt der neuen Zeitschrift, heißt es, wird ganz vollständig gehalten werden. Als Redakteure werden Dr. Lang (bekannt vom „Danibus“ und „Basar“) und Gustav Dahms genannt.

Das gestörte Ständchen. Der Gesangsverein „Alten-Blauen“ in dem Dorfe Blauen, dessen Organmitglied der Abg. Bebel ist, beschäftigte, demselben an seinem 46. Geburtstag ein Morgenständchen zu bringen. Als die Sänger früh 8 Uhr vor der Wohnung des Herrn Bebel erschienen, fanden sie bereits drei Polizeibeamte vor, die schon eine Stunde dort Wache gehalten hatten. Da dieselben nicht duldeten, daß der Gesangsverein in dem nach der Straße gehenden Garten sein Lied vorzutrug, gingen die Sänger in den Furt und ließen hier ihr Lied erklingen. Die Wirkung soll genau dieselbe gewesen sein.

Die Titel werden bewilligt. Um 4 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung des Kultussetats bis Montag 11 Uhr.

## Kommunales.

w. Die Königl. Ministerial-Bau-Kommission hat beim Magistrat angefragt, ob derselbe gewillt sei, das am Plan-Ufer belegene zur Anlage eines Hafens bestimmte fiskalische Terrain zu erwerben und daselbst in einer näher zu bestimmenden Zeit mit der Anlage des Hafens zu beginnen, da Fiskus sich sonst genöthigt sehen würde, eine anderweitige Verwertung des Terrains in Erwägung zu ziehen.

w. Zur Erbauung einer Leichenhalle auf dem gemeinschaftlichen Kirchhofe der Gemeindefriedhöferverwaltung von St. Andreas und St. Markus hat der Magistrat beschlossen, eine Beihilfe von 42 000 M. aus dem Leichensuhrpacht-Fonds zu bewilligen.

w. Die Entwässerungsverhältnisse des Stadttheils Roabit sind teilweise derartig, daß eine weitere Bebauung dieser Gegend ausgeschlossen erscheint. Um diesem Uebelstande vorzubeugen, hat der Magistrat beschlossen, die Kanalisation Roabit zur Ausführung zu bringen und die Zustimmung der Stadtorordneten-Versammlung hierzu einzuholen.

Nach Mittheilung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind bei den bisherigen Standesämtern in der Woche vom 28. v. M. bis inklusive 6. d. M. zur Anmeldung gekommen: 184 Ehebeteiligungen, 921 Lebendgeborene, 37 Todtgeborene, 614 Sterbefälle.

## Lokales.

„Baustellen bei kleiner Abzahlung mit Priorität verkauft unter kulantem Bedingungen“ Komptoir, B...-straße. Derartige Anzeigen, so baumlos sie klingen, bergen sich regelmäßig ein Wuchergeschäft der schlimmsten Art. Der Malermeister G. Cornelius hat seine reichen Erfahrungen über diese Hyänen des Bauhandwerks in einer Broschüre niedergelegt. Da das Wuchergeiz den Baustellen-Wuchern das Nehmen übermäßiger Zinsen verbietet, so schlagen dieselben ihren Verdienst gleich auf die Baustelle und verkaufen dieselbe 40 bis 50 000 M. theurer, als wie sie ihnen selbst kostet. Die Bauunternehmer sind fast ohne Ausnahme mittellose Leute, die sich aus Schiffbrüchigen aller Lebensstellungen rekrutiren. Der Verkäufer der Baustellen rechnet auf ihren Untergang und die Beute muß der Bauhandwerker bezahlen. Die Baugesellschaft am kleinen Thiergarten dient dem Verfasser als Beispiel. Dieselbe wurde am 8. Juli 1881 mit 6 750 000 M. bei 90 Morgen gegründet, so daß ihr selbst der Morgen mit 75 000 M. zu Buche steht. Sie selbst rechnet den Morgen zu 190 341 M. an. Der Erwerber einer Baustelle für 66 000 M. ohne Anzahlung verpflichtet sich z. B., darauf ein Haus für 183 000 Mark Feuerasse zu errichten und erhält dafür in Raten eine Hypothek von 122 000 Mark. Daraus werden ihm aber vorweg 24 120 Mark abgezogen und nun soll er mit 98 000 Mark ein Haus für 183 000 Mark herstellen. Die Bauhandwerker müssen schließlich für die Differenz bluten, denn der Unternehmer muß zu Grunde gehen, die Gesellschaft bekommt ohne selbst zu bauen billig ein Haus und die Handwerker haben das Nachsehen. Nun aber bestehen in Berlin 5 derartige Gesellschaften. Fertiggestellt wurden 1885 245 neue Häuser, wovon eine Baugesellschaft mit 45 Häusern theilhaftig war, so daß die Mehrzahl der Neubauten auf jenen eigenhämlichen Transaktionen beruhte. Die Summen der offenen Handwerker-Forderungen belaufen sich in Folge dessen auf viele Millionen jährlich. Die jetzige Art des Vormerkens ihrer Forderungen ist nach dem Verfasser für die Handwerker werthlos. Er verlangt für sie das Recht, die gerichtliche Intervention bis zur Befriedigung ihrer Forderungen zu beantragen. Wie man hört, beabsichtigt die Schlosser-Innung, in ähnlicher Weise den Schutz der Setzgebung gegen wucherische Bauunternehmungen anzurufen.

Das Berliner Intelligenzblatt hat seine kurze politische Anwendung wieder aufgegeben. Zu allgemeinem Erstaunen dachte es plötzlich offizielle Kampartikel, die es aber bald wieder fallen ließ, da es wohl einsah, daß Berlin kein Boden für solche Erzeugnisse ist. Für die Provinz wird hier übrigens eine vollständige offizielle Zeitung mit Leitartikeln, Feuilleton, Romanen u. hergestellt, welche als Manuscript gedruckt versandt wird. Die vielen gleichlautenden Artikel in der Provinzialpresse entstammen alle dieser merkwürdigen Zeitung, die an „gutgeformte“ Schriftsteller brillante Honorare zahlt, während sie selbst umsonst zu haben ist.

Der Jahrmart auf dem Arkonaplatz hat den Geschäftsleuten, die ihre Waaren daselbst feilhielten, bittere Enttäuschung gebracht. Die kalte Witterung ließ ein eigentliches Geschäftsleben gar nicht aufkommen, die Zahl der Käufer war eine äußerst geringe, selbst für Wollwaaren, die sonst immer einen Hauptartikel auf den Jahrmärkten bilden, war nur eine geringe Nachfrage; dagegen machten die Polsterhändler ein gutes Geschäft, die zum Theil für einen Spottpreis ganze Waarenlager an sich brachten. Auch für Schwabwaaren hatten sich nur wenige Käufer eingefunden, was wohl zum Theil in den augenblicklichen ungünstigen Verhältnissen seinen Grund hat. Das Hauptgeschäft entwickelte sich erst am Freitag und Sonnabend, doch blieb dasselbe auch an diesen Tagen noch weit hinter den gehegten Erwartungen zurück.

Wiso der deutsche Statkongress in Alenburg soll wirklich stattfinden. Wenn es so weiter geht, haben wir demnach noch einen internationalen Verein der „Murmelspieler“ und einen Zentralverband der „Stadensferdreiter“ zu erwarten. Auch die Vorarbeiten des „Kammerdienstmenschen“ und des „Blumpfachs“ bedürfen einer statutarischen Regelung für ganz Deutschland. Ueber die Aufgaben des Statkongresses selbst schreibt die „Deutsche Regel- und Statzeitung“: In Alenburg, der Heimath des Stats, geht man bekanntlich damit um, gelegentlich der daselbst im Laufe des nächsten Sommers stattfindenden Landes- und Industrie-Ausstellung einen allgemeinen deutschen Statkongress einzuberufen, als dessen Zweck angegeben wird: Festslegung eines allgemeinen deutschen Statreglements — Abhaltung eines großen Stat-Tourniers um wertvolle Preise, event. verbunden mit einem Stat-Problem-Tourner — Gründung oder doch Anbahnung eines deutschen Stat-Verbandes. Als die für den Kongress bestimmten Tage sind vorläufig der 15., 16., und 17. eventuell 14., 15. und 16. August in Aussicht genommen. Vorbehaltlich definitiver Festslegung des Programms soll vorläufig der erste Tag mit einer Beratung über ein allgemein gültiges Statreglement, Annahme einer deutschen Karte, sowie event. Gründung eines deutschen Statverbandes beginnen, mit einem Feisbankett und dem Stat-Tourner weiter ausgefüllt und mit einem Sommerfest in der Landesaussstellung beendet werden. Der zweite Tag hat lediglich ein Vergnügungsprogramm: Feis-Kongress auf der sogenannten Insel, die Sebenswürdigkeiten Alenburgs, das bekanntlich hübsch gelegen ist, Fahrt nach Greis mit Beilegung des Fischsteins, Abends in Alenburg Stat mit Konzert. Am dritten Tag Fortsetzung des Turniers eventuell der Beratungen, Preisvertheilung, Beschäftigung der Ausstellungen und Abschieds-Kongress. Die Stat-Redaktion der „D. u. St. Ztg.“ welche befreit ist, die Liebe zum Stat nicht nur durch humorvolle Propaganda weiter zu verbreiten, sondern durch interessante Probleme auch zu vertiefen, gibt sich der Hoffnung hin, daß mit dem Gelingen des Kongresses dem Statspiel ein dauernder Gewinn erwachsen werde, bezelchnet als Ziel dieses Kongresses die Befreiung des Stats von allerlei Furchtarmen und Auswüchsen (was für Auswüchse hier gemeint sind, giebt sie zwar nicht an. Die Red.)

und fordert alle deutschen Stat-Bereine und Stat-Klubs welchen dieses Ziel sympathisch ist, zu reger Betheiligung auf. Da wir nun einmal davon sprechen, meint die „Volkst. Ztg.“ hierzu, so wollen wir auch die Fragen hervorheben, deren Erledigung uns als besonders wichtig erscheint: 1) Ist der Spieler schwarz, wenn er zwar keinen Stich bekommt, aber Augen im Stat liegen? 2) Sind die Wenzel bei Null selbstständig oder rangieren sie in der Farbe? 3) Ist die Ueberdiebung nach Werthen oder nach Farben resp. Spielen vorzuziehen, d. h. soll z. B. Schellen-Solo mit Wieren ein Grün-Solo mit einem Ueberziehen? 4) Darf Vorhand Sinaleton anspielen, wenn der Spieler in der Mittelhand sitzt? 5) Ist das „Kollen“ der „Kibige“ zulässig? 6) Ist das „Rauern“ moralisch oder unmoralisch? Entschelder der Statlonsreg die Fragen in bestreidender Weise, so wird er sich in der That ein unsterbliches Verdienst um alle Freunde der vier Wenzel erwerben.

**Verstümmelt.** Im benachbarten Behlendorf waren gestern Nachmittag mehrere Arbeiter des Herrn Amtsvorsteher B. damit beschäftigt, Sand aus einer Grube zu fördern, wobei sie das obere Erdreich förmlich unterminierten. Plötzlich lösten sich die oberen Schichten und verstümmelten zwei bei der Arbeit beschäftigte Frauen. Trotz der sofort angestellten und mit allem Eifer betriebenen Aufbaumarbeiten wurde eine der verstümmelten Frauen, die des Arbeiters A., nur noch als Leiche hervorgezogen, während die zweite, eine Frau B., am noch am Leben war, im Laufe der Nacht aber verstarb. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird wohl ergeben, wer die Schuld an dem verhängnisvollen Zusammenbruch trägt.

Mit durchschnittlichen Pulsadern wurde gestern Abend ein in der Alexandrinenstr. 160 wohnender Kaufmann Albert B. von zufällig hinarufkommenden Hausbewohnern in seinem Zimmer aufgefunden. Ein schnell hinzugerufener Arzt legte dem in Folge des Blutverlustes fast ohnmächtigen Lebensmüden einen Rothverband an und ließ ihn per Droschke schleunigst nach der königlichen Charité schaffen. Trotz der sorgsamsten Pflege ist B. dort in der vergangenen Nacht bereits den erlittenen schweren Verletzungen erlegen.

**Polizei-Bericht.** Am 9. d. M. Abends stürzte eine Frau in dem Hause Großbeerenstraße 15 in Folge eigener Unvorsichtigkeit die Kellertreppe hinab und brach den rechten Unterarm. — Am 12. d. M. durchschnitt ein Mann in der Alexandrinenstraße in einem Anfall von Scherwahn Sinn die Arbeit niedergelegt. Veranlassung gab ein vor längerer Zeit gemachter Abzug von 10 pSt., welche bei Befragung der Geschäftslage wieder zugelegt werden sollten. Trotzdem sich nun seit einigen Monaten das Geschäft gehoben hat, war der Fabrikant doch nicht zu bewegen, sein gegebenes Wort einzulösen. Wenn man nun bedenkt, daß bei voller Arbeitszeit nur ein Durchschnittslohn von 10 bis 13 M. erzielt werden konnte, wovon dann noch die vorgenommenen Projekte in Abzug gebracht wurden, wenn man ferner in Betracht zieht, daß im Jahre monatlang die Arbeitszeit verfrist wurde und in dieser Zeit der Wochenlohn auf 5 bis 8 M. zurückgegangen ist, so wird wohl Niemand im Zweifel darüber sein, daß die Forderung der Arbeiter, Wegfall des 10 Prozentabzuges vollkommen gerechtfertigt ist. Es streikten 21 Mann, sämtliche Blatten Schneider, Fraiser und Amdreher. Der Fabrikant versuchte durch Anlernen von in der Branche unerfahrenen Leuten seinen Arbeitern die Spitze zu bieten. Doch der betreffende Werkzeugmacher, der einzige Arbeiter, welcher im Stande war, die Leute anzulernen, erklärte sich mit den Streikenden solidarisch und stellte ebenfalls die Arbeit ein. Die Stimmung der streikenden Arbeiter ist eine gute und ist an dem Sieg durchaus nicht zu zweifeln. Da der Fachverein, dem sämtliche streikende Arbeiter angehören, die Forderung als gerechtfertigt anerkannt hat, so sieht sich der Vorstand veranlaßt, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu appellieren und, da die Kasse des Fachvereins zur Zeit sehr geschwächt ist, um recht reichliche pekuniäre Unterstützung zu bitten. Gelder sind zu senden an den Kassier A. Wönd, S.O. Adalbertstr. 26 IV oder an den Kollegen P. Lüttig, N. Demminstr. 6 III.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

Der Vorstand des Fachvereins der Drechsler, Knopf-arbeiter und verwandten Berufsgenossen Berlins, erläßt folgenden Aufruf: Kollegen! Arbeiter! Die Arbeiter der Stein- und Knopf- und Holzfabrik von C. M. Siegel & Co., haben am 8. März er. die Arbeit niedergelegt. Veranlassung gab ein vor längerer Zeit gemachter Abzug von 10 pSt., welche bei Befragung der Geschäftslage wieder zugelegt werden sollten. Trotzdem sich nun seit einigen Monaten das Geschäft gehoben hat, war der Fabrikant doch nicht zu bewegen, sein gegebenes Wort einzulösen. Wenn man nun bedenkt, daß bei voller Arbeitszeit nur ein Durchschnittslohn von 10 bis 13 M. erzielt werden konnte, wovon dann noch die vorgenommenen Projekte in Abzug gebracht wurden, wenn man ferner in Betracht zieht, daß im Jahre monatlang die Arbeitszeit verfrist wurde und in dieser Zeit der Wochenlohn auf 5 bis 8 M. zurückgegangen ist, so wird wohl Niemand im Zweifel darüber sein, daß die Forderung der Arbeiter, Wegfall des 10 Prozentabzuges vollkommen gerechtfertigt ist. Es streikten 21 Mann, sämtliche Blatten Schneider, Fraiser und Amdreher. Der Fabrikant versuchte durch Anlernen von in der Branche unerfahrenen Leuten seinen Arbeitern die Spitze zu bieten. Doch der betreffende Werkzeugmacher, der einzige Arbeiter, welcher im Stande war, die Leute anzulernen, erklärte sich mit den Streikenden solidarisch und stellte ebenfalls die Arbeit ein. Die Stimmung der streikenden Arbeiter ist eine gute und ist an dem Sieg durchaus nicht zu zweifeln. Da der Fachverein, dem sämtliche streikende Arbeiter angehören, die Forderung als gerechtfertigt anerkannt hat, so sieht sich der Vorstand veranlaßt, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu appellieren und, da die Kasse des Fachvereins zur Zeit sehr geschwächt ist, um recht reichliche pekuniäre Unterstützung zu bitten. Gelder sind zu senden an den Kassier A. Wönd, S.O. Adalbertstr. 26 IV oder an den Kollegen P. Lüttig, N. Demminstr. 6 III.

**An die Schuhmacher Berlins.** Kollegen! Gestern früh haben, durch große Lohnreduktionen gezwungen, die Schuhmacher der Berny'schen Schuhfabrik in Fürth in Bayern einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt 100. Kollegen, in einer Zeit wie die jetzige, wo die Fabrikanten es sich angelegen sein lassen, den ohnehin niedrigen Lohn noch mehr zu reduzieren, ist es unsere Pflicht, für die Einzelnen einzustehen, um so mehr, als wir den etwaigen Schaden mittragen. Gelingt es einem Unternehmer, den Lohn herunterzubringen, so folgen die andern nach. — Durch die Herunterdrückung der deutschen Kollegen ist es gelungen, in Offenbach den Sieg zu erringen, nach sechswochenlangem Ausdauern und noch dazu in der schlechtesten Zeit. Ebenso müssen die Fürther Kollegen durchkommen, damit die Herren Fabrikanten es sich ein für allemal hinter die Ohren schreiben, daß auch bei den Schuhmachern die Solidarität kein leerer Wahr mehr ist. Darum, Kollegen, sammelt in den Werkstätten und zwar so schnell wie möglich, der Sieg der Streikenden bedeutet auch unsern Sieg, ihre Niederlage ist auch die unsrige. — Gelder sind zu senden an Wilh. Vogt, Gotha, Münchelgasse. Außerdem nehmen Beiträge entgegen A. Baginski, Bernauerstraße 91 II; Pappe, Naunynstr. 36 Hof prt.; Adanuel, Steinstraße 19 prt. Der Vorstand des Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher A. Baginski.

### Vereine und Versammlungen.

**hfs.** Eine große öffentliche Tapezierer-Gesellschaft, seit vierzehn Tagen die dritte, welche in Sachen der diesjährigen Lohnbewegung der Tapezierer abgehalten wurde, tagte am Donnerstag Abend unter Leitung des Vorsitzenden

der Lohnkommission, Herrn Sander, im Louisenstädtischen Konzerthaus und war sehr zahlreich besucht, auch von Mitgliedern des Innungs-Vorstandes und anderen Innungs-Meistern. Herr Sander konstatierte in seinem beifällig aufgenommenen Referate über die bekannten Vorarbeiten der diesjährigen Bewegung und die jüngsten Vorgänge zwischen der Innung und der Gehilfen-Gesellschaft, daß die Innung im Widerspruch zu ihren früheren Vereinbarungen mit der Fachorganisation der Gehilfen gehandelt habe. Schließlich forderte er die anwesenden Innungs-Vorstände und Innungsmitglieder auf, sich über ihre endgültige Stellungnahme zu den Forderungen und den schon im vorigen Herbst aufgestellten und theilweise durchgeführten Forderungen der Gehilfen auszusprechen. In der animierten Diskussion versicherte zunächst Obermeister Briem, daß die hiesige Innung von den besten Absichten für die Gehilfeninteressen erfüllt gewesen und „trotz Allem“ noch erfüllt sei, daß aber hauptsächlich das „Schrotte“ und „herausfordernde“ Auftreten einzelner Gehilfen-Führer, namentlich des Herrn Wildberger in den vorjährigen Versammlungen den Innungsvorstand veranlaßt habe, die Gewerbe-Deputation des Magistrats um Kassation der statutenwidrig vollzogenen Gehilfen-Auswahl und um Genehmigung einer Neuwahl anzugehen, worauf bekanntlich die Bewilligung der magistratischen Aufsichtsbehörde erteilt worden sei. Betreffend die Gehilfenforderungen verwies er auf den unlängst von einer Innungsmeister-Versammlung gefaßten Beschluß, mit dem Gehilfen nur durch den neu zu wählenden Gehilfen-Ausschuß zu verhandeln. Die Gehilfen möchten also dieser Neuwahl des Ausschusses mindestens nicht feindselig gegenüberstehen, für welchen Fall er ihnen die wohlwollende moralische Unterstützung der Innung zusichern zu dürfen glaube. (Stufe: Au!) Die Gehilfenforderungen kritisch, meinte er unter Anderem, daß es für gewisse Elemente in der Gehilfen-Gesellschaft kein Vortheil wäre, wenn sie durch Verlängerung der Arbeitszeit noch mehr freie Zeit zum „Aneipen“ z. bekämen, so wie, daß das Lehrlingswesen nur durch die Innung und dadurch verbessert werden könne, daß nur noch den Innungsmeistern die Ausbildung von Lehrlingen gesetzlich gestattet sei. Sensationellen Eindruck machte die Erklärung des Redners, daß der Innungsvorstand die Kassation des jetzigen Gehilfen-Ausschusses und die Neuwahl eines anderen nicht deshalb beantragt habe, weil derselbe nicht ganz statutenmäßig korrekt gewählt wurde, sondern wegen seines prinzipiell oppositionellen Verhaltens gegen den Innungsvorstand. (Stufe: Hör! Hör! Aha!) Von den übrigen Prinzipalen brachte keiner Bemerkenswertes vor. Nur Herr Kroy (Innungsmitglied) stimmte durchweg den Gehilfenforderungen zu und vertret den Standpunkt ihrer Bestrebungen. Daraus entgegnete unter dem stürmischen Beifall der Versammlung Herr Wildberger den Ausführungen der Innungsvorstände sehr energisch, aber streng sachlich. Abfällig kritisierte er ihre Einwände und Behauptungen, sowie den Werth ihrer „spottbilligen“ Besprechungen, um schließlich die Bedeutung des schätzbaren Gehilfenreferates des Obermeisters Briem zu würdigen, wie es zwischen der Innung und der Gewerbe-Deputation gemacht werde, wenn es gelte, einen unbilligen Gehilfen-Ausschuß zu besetzen. (Großer Beifall.) Alle übrigen Redner der Gehilfen-Gesellschaft, die Herren Fricke, Nikolaus, Niemann, Sander, Wintelmann, Trautmann u. A. sprachen sich in demselben Sinne aus. Der sozialdemokratische Arbeiter-Verein „Gesellschaft“ im Reichstage, hielt es z. B., verhalte sich zu den jämmerlichen Reformvorschlügen der Innung bezüglich der Hebung des Lehrlingswesens wie ein formloses, eitles Götterbild des klassischen Alterthums zum nächsten besten „Kopier“-Drahtpuppen Exemplar einer modernen Jahrmärkte-Marionettenbude. Mit dem Hinweis auf die am Montag, den 15. d. M. Abends in Livoli stattfindende vorläufige letzte allgemeine Tapezierer-Gesellschaft-Versammlung, in welcher über das Vorgehen mit der Lohnbewegung endgültig beschloffen werden solle, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Der Arbeiterbezirksverein „Unversagt“** hielt am 9. März eine Versammlung ab. Anstatt des Herrn Gerichtswalders durch Kranke verhindert war, nahm Herr Stadtverordneter F. Gödt das Wort. Derselbe sprach sich gegen die geplante „nationale Ausstellung in Berlin“ aus, denn dadurch werde der Nationaldünkel noch mehr gestärkt, welcher jetzt schon stark genug wäre. Redner ist für eine internationale Weltausstellung; da solle Deutschland in den Wettbewerb mit einreten und seine Leistungsfähigkeit zeigen. Herr Franke ist auch für eine Weltausstellung und befürwortet, daß Deutschland die französische Weltausstellung im Jahre 1889 beschicken solle; dadurch würden sich die Arbeiter näher treten und könnten ihre Ideen austauschen. Der Behebung der Nationen durch die Presse zc. könne dadurch am besten entgegengetreten werden. Die Herren Labbert, Krüger und Steindorf erklärten sich ebenfalls mit dem Referenten einverstanden. Der letztere führte noch aus, daß man von den Ueberbüßungen der Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879, die für Behebung der Handwerker dienen sollten, bis jetzt noch wenig zu sehen und zu hören bekommen habe, außer ein paar Vorträge, welche für den Arbeiter wenig Interesse haben. Herr Gödt war dafür, daß die Ueberbüßungen von 1879 zu Vorträgen über Sozialwissenschaft verwandelt werden sollten, aber das würden die Herren, welche darüber verfahren, wohlweislich nicht thun. Zum Schluß wurde ein Antrag, auf die Gräber der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen, angenommen.

In einer Parteiversammlung der Christlich-Sozialen sprach am Freitag Prof. Adolf Wagner über „Den Kern des sozialdemokratischen Programms, die Verstaatlichung der Produktionsmittel.“ Die Versammlung war nur mäßig besucht, die Arbeiterpartei verhältnismäßig schwach vertreten. Nach einer ziemlich erregten Einleitung, in der der Arbeiter bedeutend wurde, daß sie nur als Gäste „geduldet“ seien, auf Bureauwahl und ähnliches aber verzichten müßten, führte Prof. Wagner etwa folgendes aus: „Das sozialdemokratische Programm habe zwei Seiten. Einmal fordere es Reformen auf der Basis der heutigen Gesellschaftsordnung; insoweit wolle es also die Lohnarbeit aufrecht erhalten und nur das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit mildern. Diesen Theil des sozialistischen Programms könne man unter dem Namen „Arbeiter-Verein“ zusammenfassen, und hier beständen wohl in Einzelheiten Gegensätze zwischen der konservativen Partei und der Sozialdemokratie, aber nicht in den prinzipiellen Grundfragen, hier erkenne die konservative Partei vielmehr voll und ganz an, daß der Staat eingreifen müsse. Die weiteren Bestrebungen der Sozialdemokratie, welche auf Befreiung aller Privatunternehmungen hinausläufen, seien aber zum größten Theil unausführ-

bar. In öffentlichen Besitz ließen sich beim Boden nur überführen und seien zum Theil bereits übergeführt: die Verkehrswege, die Wälder und Forsten, die Kohlen- und Salzbergwerke, vielleicht der städtische Wohnungsboden. Der bäuerliche Besitz sei aber auf jede Weise zu erhalten und durch Wucher- und Erbschafts-gebung zu stärken. Alles Kapital zu verstaatlichen, sei vollends ein Ding der Unmöglichkeit. Hier könnten zunächst nur in Betracht kommen: Post, Telegraph, Eisenbahnen, Gas- und Wasserleitungen, Versicherungsanstalten, auch einzelne Fabriken, wie Reparaturwerkstätten, die mit der Zeit wohl auch zu Neubauwerkstätten zu erweitern seien. Sonst erlaube es aber Oekonomik und Technik selten. Ein allgemeiner Staatsbetrieb setze nicht Menschen, sondern Güter voraus, um die nöthigen Pläne zu entwerfen und durchzuführen; er würde weiter eine ungeheure Beschränkung der individuellen Freiheit mit sich führen, so schlimm wie in der Armee, in der das sozialistische Prinzip ja durchgeführt sei (! D. A.) Ohne den Ansporn des Erwerbdranges, des Strebens nach Vermögensbesitz würde der Fortschritt überhaupt aufhören. Nun denke man sich aber einen langameren Fortschritt der Produktion, daneben aber eine raschere Vermehrung der Bevölkerung, wie sie bei günstiger Lage der unteren Klassen immer erfolgt, würde da auf den Einzelnen schließlich nicht noch weniger kommen, als heute? Der Reichtum sei auch nicht das Glück, wie viel bedauerndwerthe Reiche gebe es nicht. Bei gleicher Verteilung entfielen auf den Kopf auch nicht viel mehr als heute. — An der Diskussion betheiligten sich nach einem mißglückten Versuche des Herrn Michelsen der Stadtverordnete Ritan und der Reichstagsabgeordnete Heine. Herr Ritan wies besonders auf die Widerprüche hin, in denen sich die schönen Worte des Herrn Prof. Wagner und die Thaten seiner konservativen Parteifreunde befänden. Was die Konservativen bisher für die Arbeiter getan hätten, sei nicht der Rede werth, was sie aber den Arbeitern durch indirekte Steuern, Lebensmittelpreise aufgebürdet hätten, sei allerdings sehr fühlbar. Das christlich-soziale Programm fordere arbeiterfreundlichen Betrieb der bestehenden Kommunal- und Staatsanstalten, in der Stadtverordneten-Versammlung sei aber Herr Imprecht mit seinen Genossen auf scharfe dem Antrag auf höhere Löhne der Stahlarbeiter entgegen getreten. Herr Abg. Heine theilte aus seiner Erfahrung einige Beispiele mit, wie wenig die Konservativen für die Arbeiter leisteten, wenn es auf Thaten anläme. Beim Verstaatlichen sei die Hauptsache, wenn der Nutzen zuträfe, ob einer reaktionären Regierung, die vom Parlamente unabhängig sei, oder dem arbeitenden Volke. Die Lage des letzteren wollten sie verbessern, und deshalb erstrebten sie zunächst die Demokratisierung der Gesellschaft, politischen Einfluß und geistige Bildung der Arbeiter. — Um Mitternacht schloß die oft recht erregte Versammlung.

**\* Freie Vereinigung sämmtlicher in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgeoffenen.** Dienstag, den 16. März, Abends 9 Uhr, Versammlung in Seefeld's Lokal, Grenadierstr. 33. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Michelsen über Zweck und Ziele der Fachvereine. Arbeitsnachweis. Verschickenes. Aufnahme neuer Mitglieder sowie Beibehaltung der Mitgliedsarten. Fragelisten. Gäste haben Zutritt. Auch die Herren Meister sind eingeladen.

**\* Gauverein Berliner Bildhauer.** Dienstag, den 16. d. M., Abends 9 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Stellungnahme zu einer vom hiesigen Polizeipräsidium an den Verein gerichteten Auforderung, die Vereinsstatuten dem preussischen Vereinsgesetz anzupassen und binnen 4 Wochen zur staatlichen Genehmigung einzureichen, widrigenfalls die Leiter des Vereins strafbar werden.

**\* Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Gewerksgeoffenen.** Versammlung Montag, den 15. März, Abends 8 Uhr, bei Gratweil, Kommandantenstr. 77/79 (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes und Fragelisten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — Mittels zu der am 27. März stattfindenden Feier des vierten Stiftungsfestes werden ausgegeben.

**Bezirksverein der arb. Bevölkerung des Südwesten Berlins.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Versammlung am 15. d. M. ausfällt, dafür aber am Montag, den 22. d. M., eine außerordentliche Versammlung stattfindet.

**\* Spar- und Kredit-Verein „Solidaria“.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. März, in Frahm's Gesellschaftshaus, Oranienstraße 180, das Stiftungsfest stattfindet. Mittels, Herren 50, Damen 25 Pf., sind zu haben bei Lehmann, Naunynstr. 87; König, Engel-Ufer 6a; Vogel, Neue Jakobstr. 7; Neunast, Manteuffelstraße 89; Mittelbrand, Brüderstr. 16 und beim Vorstehenden Janzen, Naunynstr. 67.

**\* Große Volks-Versammlung** Dienstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Sankt-Johann“, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Soziale Fragen. Referent Reichstags-Abgeordneter Herr W. Halencler. 2. Diskussion.

**\* Fachverein der Posamentierer, Seidenknopfmacher und Berufsgeoffenen.** Versammlung Montag, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr, Holzmarktstr. 72. Königsplatz. Kaffee.

**\* Ordnenkrankenkasse der Möbelpolier.** Sonntag, den 14. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, G. inner Weg 29: ordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht über den Stand der Kasse. 2. Bericht der Revisions-Kommission. 3. Regelung der Krankenkontrolle. 4. Anträge und Verschickenes.

**\* Flugtauben-Klub** jeden Montag, Abends 9 Uhr, in Restaurant Preuß, Oranienstr. 51.

**\* Männergesangsverein „Sängerlöcher“** jeden Montag Abend im Restaurant Naunynstraße 78.

### Briefkasten der Redaktion.

G. B. Kirchbachstr. Lassen Sie uns derartige Ein-sendungen etwas früher zukommen.

G. L. Alexanderstr. Sie müssen sich direkt an das Bureau wenden; durch uns können Sie die Koblender'schen Fragebogen nicht beziehen.

M. L. M. Am 10. Oktober 1875.

R. S., Fallenerstraße. Breslau hatte bei der Volks-zählung im Jahre 1880 272 912 Einwohner. Die andere Frage eignet sich nicht zur Beantwortung im Briefkasten.

D. J. Diestendachstraße. Dissidenten, d. h. solche, die in der vorgeschriebenen Form ihren Austritt aus der Kirche vor Gericht erklärt haben, sind nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 von allen kirchlichen Lasten befreit, gleichviel, welcher Steuerstufe sie sonst angehören.

**Freidenker-Verein „Lessing“.** Mittwoch, den 17. März c., Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Buggenhagen, Oranienstr. 147 (Morgensplatz), Vortrag des Herrn Prof. Dr. Ludwig Büchner aus Darmstadt über: „Religion und wissenschaftliche Weltanschauung.“ Der Eintritt ist Herren und Damen gestattet; Einlasskarten zum Preise von 50 Pf. (nordere Blöge 1 M und 2 M.) sind zu beziehen von Friederici, Kleindeckerstr. 6; Jul. Freund, An der Jerusalem'schen Kirche 2, sowie von der Zentral-Buchhandlung im Zentral-Hotel, Luden 14; der Jerusalem'schen Buchhandlung, Leipzigerstr. 133; den Bigarettenhandlungen der Herren Meyer, Amelung'schen Buchhandlung, Leipzigerstr. 133; den Bigarettenhandlungen der Herren Meyer, Oranienstr. 147, am Morgensplatz, und Tauchle, An der Jerusalem'schen Kirche 2; Herren Scharitzer, Papierhandlung, Jerusalemstr. 47, und S u h m a n n, Kurstr. 51, 1. Tr. im Hause der Wellius'schen Buchhandlung.

**Jacob** aus der Friedrichstadt wo bist du? Kramer, Lindenstr. 107.

Gute elegante Herren- und Knaben-Garderobe in großer Auswahl. Gute getr. Josen n. 2 M. an. D. Sommerfeld, Oranienstr. 199. [848]

Rein Geringe und Kartoffel-Geschäft empfehle allen Freunden und Bekannten. Eine neue Sendung Monopol-Geringe ist soeben eingetroffen. Mecke, Altdorf, Bergstr. 7. [947]

Gute alte Betten, sowie 1 Lehnstuhl, billig zu ver. D. Sommerfeld, Oranienstr. 199. [847]

G. Schlassi, z. verm. Buchwerferstr. 14 v. 4 Tr. 1. 996

**990] Roh-Tabak!!**

Die ganzen großen Bestände eines in Konkurs gerathenen holländischen sehr bedeutenden Hauses haben wir wesentlich unter der Cave erworben und offeriren daher enorm billig: Sumatra-Decke, vorzüglich in Brand und Farbe. Pfälzer- u. Rebutz-Abblatt und Arbeiter. Pfälzer u. Rebutz-Einlage, Felix-Brasil-Einlage und -Abblatt. Außerdem Havana- und Java-Decke, Carmen, Domingo zc. bedeutend billiger wie jede Konkurrenz, so lange dieser Vorrath reicht. — Das Geschäftslokal ist des großen Andranges wegen Sonntags bis 1 Uhr geöffnet, Wochentags bis 8 Uhr Abends.

**Rohtabakshandlg. Lothringerstr. 48, Hof I.**

Anferhalb Kupfer gegen Nachnahme.

Ein mahag. Sopha, grün, g. erh., Umzug halber d. g. verl. Sebastianstr. 4, v. III. L. [1000] Junge Kanarienvogel, Eren, Söhne, sind zu verl. bei G. Linke, Lindenstr. 61a. [985]

**Dankagung.**  
Allen denen, welche meinen lieben Mann J. Kirsche zur letzten Ruhestätte geleitet, insbesondere dem Stadtv. Herrn Siegnitz für die trostreichen Worte am Sarge des theuren Entschlafenen, den Mitgliedern des Tischler-Vereins, des Demokratischen Vereins, des Bezirksvereins „Hafenstraße“, der Vereine „Vorwärts“ und „Harmonie“, wie allen seinen werthen Kollegen und Freunden hierdurch meinen tiefgefühltesten Dank.  
[1886]  
Die trauernde Wittwe L. Kirsche.

**Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins.**  
Dienstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr,

**Versammlung**  
in Keller's Lokal, Andreasstr. Nr. 21.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Herrn Cyprain über: „Die Stützen der modernen Weltanschauung“.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
4. Fragelasten.  
[1891]  
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand.

**Fachverein der Buzer.**  
Mittwoch, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Schaffer's Salon, Insel-Strasse Nr. 10, Mitglieder-Versammlung.  
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Stahn. Vereinsangelegenheit.  
[1896]  
Der Vorstand.

**Öffentl. Versamml.**  
der Bauanschläger Berlins und Umgegend  
am Dienstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Siegmund's Salon, Pflanzstr. 8.  
Tagesordnung:  
Bericht der Revisoren.  
[1884]  
J. A. C. Beder.

**Fachverein der Tischler.**  
Versammlung  
Montag, den 15. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in Jäger's Salon, Grüner Weg Nr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Schuhmachermeisters Herrn Regner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
Der Bevollmächtigte.

**Berein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen.**  
Dienstag, d. 16. März, Abends 8 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79, Gemüthliches Beisammensein m. Familie.  
Gäste sind herzlich willkommen.  
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet  
[1883] Das Vergnügungskomitee.

**Berliner Tischler.**  
Aufgepasst.

Eine große außerordentliche Generalversammlung findet am Mittwoch, Abends 8 Uhr, im großen Saale von Keller, Andreasstr. 21, statt. Das Nähere die Anschlag-Säulen.  
987

**General-Versammlung**  
des  
**Gaubereins der Maler**  
Berlins

am Dienstag, den 16. März, Abends 8 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77-79.  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht; Berlesung der aufgenommenen und ausgeschlossenen Mitglieder.  
2. Wahl des Delegirten und Verbands-Angelegenheiten.  
3. Verschiedenes und Fragelasten.  
[1897] Der Vorstand.

**General-Versammlung**  
des  
**Fachvereins d. Schneider**

am Montag, den 15. März cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandanten-Strasse 77/79 (oberer Saal).  
Tagesordnung:  
1. Quartalsabrechnung.  
2. Erörterung der künftigen Aufgaben des Vereins.  
3. Vorlage der neu ausgearbeiteten Statuten; Beschlussfassung über dieselben. — Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. Aufnahme neuer Mitglieder.  
[1897] Der Vorstand.

**Mein großer Saal**  
Mittwoch, 17. März, frei.  
Grätweil'sche Bierhallen  
Kommandantenstr. 77-79  
1001]

**Sophas und Matratzen**  
sowie Polsterwaren werden gut und auf's Billigste hergestellt.  
[1894] J. Pramer, Lindenstraße 107.

Ein Stand schöner Betten, neu, 22 M., sofort zu verkaufen Reichenerstr. 183 im Rüstengeschäft.  
[1889]

**Damen-Massen-Kostüme**  
sind billig zu verkaufen.  
[1011] Wittwe Tich, Admiralstr. 13 II.

**Appretur-Gesuch!**  
In der Nähe von Chemnitz wird ein tüchtiger Appretur gesucht, welcher im Waschen, Waschen, Räuben, Scheeren, Spannen, Pressen u. von Ketten- und Rundstuhl-Stückwaren, Trillogagen u. dgl. erfahren ist und ganz selbstständig arbeiten kann.  
[1010] Stellung fest, Gehalt gut. Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit, event. unter Beifügung von Zeugnis-Kopien an Herrn Heinrich Kraentel jun., Breite-Strasse 28, Berlin C.

**Sielmann & Rosenberg,**  
Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.  
eröffnen einen großen

# Ausverkauf

in modernen Kleiderstoffen,  
schwarzen Cachemirs, Frühjahrs-Mänteln, Teppichen, Gardinen u.  
zu sehr billigen Preisen.

**Double-Cord**, f. dauerhaft, prof. St. f. Haus, Mt. 30 u. 40 Pf.  
**Fancy-Diagonal**, melangirt, solld. Stoff, hübsch, Mtr. 35 Pf.  
**Mohair-Satin**, eine glanzreich griffige Waare, Mtr. 35 Pf.  
**Beige-Mohair**, vorzüglich im Gebrauch, Mtr. 40 Pf.  
**Fil à Fil**, in allen hellen und dunklen Far- Mtr. 50 Pf.  
ben, besonders modern u. grau  
**Chiné-Royal**, mit Sommerplüsch arrangirt bildet es ein Mtr. 50 Pf.  
hübsches Sommerkleid  
**Chiné-Naturell**, melirtes Fantasie-Gewebe in auf- Mtr. 50 Pf.  
fallend schönen Dessins  
**Samoa-Cachemir**, ein aus Naturwolle (ungefärbt) Mtr. 40 Pf.  
hergestellter prakt. Sommerstoff,  
**Crep-Foulé**, in allen hellen u. dunklen Mtr. 60 Pf.  
Farben  
**Nouveauté à Bordure**, ganz reine Wolle, doppeltbreit Mtr. 1 Mk.  
doppeltbr., Mtr. 1,80, 1,50, 1,25 und  
**Nouveauté Bajadère**, dopd. br., allern. f. Stoff, Mtr. 1,25 Mk.  
Kost., Mtr. 2, 1,80, 1,50 u.  
**Eine gr. Ausw. hochf. Sommerst.** Mtr. 3, 1,50 Mk.  
Reinw. doppeltbr. Cachemirs in all. denkb. Farb. Mtr. 1 Mk.  
Schw. reinw. Cachemirs f. reell. Mt. 1, 1,50, 1,80, 2 u.  
Qual.  
1 Posten wollene Morgenröcke 10, 12, 15, 20 Marl.  
Hochelegante Frühjahrs- und Sommer-Mäntel in größter Auswahl  
10, 12, 15 und 20 Marl.  
Proben nach anferhalb gratis und franks.

**Prospect.**  
**Victoria-Brauerei Actien-Gesellschaft.**  
Berlin.  
Lützow-Strasse 111-112.

Die Actien-Gesellschaft Victoria-Brauerei wurde am 21. Februar 1886 errichtet mit einem Actien-Capital von M. 1,100,000.—, eingetheilt in 1100 Actien à M. 1000.—.

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Brauereigewerbes, sowie der dazu gehörigen Nebengewerbe auf bereits erworbenen oder noch zu erwerbenden Grundstücken, insbesondere die Fortführung und Vergrößerung der seit dem Jahre 1868 von den Herren Heyden u. Salge betriebenen, in Berlin, Lützow-Strasse 111/112, belegenen Brauerei.

Mittels gerichtlichen Vertrages hat Herr August von der Heyden jr. hier dieses Brauerei-Grundstück von den Herren Heyden u. Salge übernommen und dasselbe, wie es im Grundbuch von Alt-Schöneberg Band V. Nr. 271 verzeichnet ist, mit allen aufstehenden Gebäuden, den Maschinen, Apparaten, Utensilien, dem lebenden und todtten Inventar und den Rechten aus den laufenden Pacht- und Pflanzungsverträgen, zum Preise von M. 1,230,000.— in die Actien-Gesellschaft eingebracht. Laut handelsgerichtlicher Eintragung sind demselben hierfür 600 und 144 Stück Actien der Gesellschaft gewährt worden, während der Rest dieser Objekte durch baare Zahlung dem Inherenten von der Gesellschaft vergütet wird.

Nachdem eine vorübergehend aufgenommene Hypothek, behufs Auszahlung der früheren Besitzer in Höhe von M. 500,000.—, wieder gelöscht worden ist, stehen auf dem Grundstücke noch M. 674,000.— Hypotheken. Hiervon sind M. 174,000.— amortisirbare Hypothek des Berliner Pfandbrief-Amtes und M. 500,000.— rückzahlbar nicht vor dem 1. October 1891.

Die Einbringung erfolgte frei von jedem Gründergewinn. Die Gesellschaft trägt nur die Anwalts-, Notariats- und Revisionskosten; sämtliche anderen Gründungskosten, Steuern der Actien u. trägt das Gründungs-Consortium.

Die Gesellschaft hat den Betrieb der Brauerei vom 1. Februar d. J. übernommen, der erste Geschäftsjahr endigt am 30. September 1886. Von da ab geht das Geschäftsjahr vom 1. October bis zum 30. September.

Der in die Gesellschaft mit M. 1,150,000.— eingebrachte Grund und Boden sowie die Baulichkeiten haben nach einer im vorigen Monat gefassten Aufnahme gerichtlicher vereideter Taxatoren einen Werth von:

a. der 8666 q Meter oder ca. 614 q Ruthen große Grund und Boden . M. 866,600.—  
b. die Baulichkeiten, deren städtische Feuerkasse M. 592,700.— beträgt . . . . . 565,288.—  
insammen M. 1,431,888.—

und der reale Werth des ganzen Grundstücks nach Abzug aller Unterhaltungs-Kosten und Ausgaben ist auf M. 1,329,005.60 taxirt.

Die Uebernahme der Bestände erfolgte: Das Bier zum Preise von M. 16 per Liter, das Malz zu M. 14 per Centner und der Hopfen zum Fakturapreise zwischen M. 140—150 per Centner. Für die an die Gesellschaft übergegangenen Aushängstände hat Herr August von der Heyden jr. die Garantie auf die Dauer eines Jahres von Eintragung der Gesellschaft übernommen.

Der Umsatz der Brauerei bewegte sich bisher in bescheidenen Grenzen, es wurde der Hauptwerth auf den auf dem Grundstück befindlichen eigenen Ausschank gelegt. Der Gesamtumsatz betrug in den beiden letzten Jahren durchschnittlich je 23,400 Hectoliter und ergab bei einem Gesellschafts-Capital von rot. M. 610,000.— nach Abzug aller Ansehens- und reichlicher Abschreibung einen jährlichen Netto-Gewinn von M. 68,500.—.

Durch Aufstellung einer holländischen Gismaschine, die voraussichtlich im nächsten Monat in Betrieb kommt, werden große Keller, die zur Ablagerung benützt wurden, zur Bierlagerung frei. Hierdurch und durch Vergrößerung des Betriebes, wozu die Mittel reichlich vorhanden sind, wird die Leistungsfähigkeit der Brauerei wesentlich erhöht werden. Der auf dem Brauerei-Grundstück Lützow-Strasse 111/112 befindliche Ausschank soll durch Vergrößerung der Garten-Anlage u. noch weiter gehoben werden.

Die Direction des Unternehmens ist dem bisherigen Leiter desselben, Herrn August von der Heyden jr. übertragen, welcher sich verpflichtet hat, binnen 10 Jahren in Berlin oder dessen umhülligem Umkreise keine Brauerei zu errichten, zu betreiben, oder sich an der Leitung einer solchen zu betheiligen. Der seit 15 Jahren in der Brauerei thätige Braumeister ist durch mehrjährigen Contract für die Gesellschaft gewonnen.

Zu Mitgliedern des ersten Aufsichtsrathes wurden gewählt:  
Herr Julius Berlinetti,  
Louis Rothschild, in Firma S. u. L. Rothschild,  
Max Müller, in Firma Theod. Wertheimer u. Co. Nachfolger,  
Rudolph Reigner,  
sämmlich zu Berlin.  
Die Bilanz per 1. Februar 1886 lautet folgendermaßen:

**Activa. Bilanz per 1. Februar 1886. Passiva.**

	M.	Pf.		M.	Pf.
1. Grundstück-Conto . . .	675000	—	1. Capital-Conto . . . . .	1100000	—
2. Gebäude-Conto . . . . .	475000	—	2. Hypotheken-Conto . . . . .	674000	—
3. Maschinen- u. Brauerei- Utensilien-Conto . . . . .	30000	—	3. Creditoren . . . . .	28827	—
4. Fastagen-Conto . . . . .	30000	—			
5. Garten- und Lokal- inventar-Conto . . . . .	10000	—			
6. Flaschenkeller- u. Utensilien- Conto . . . . .	1500	—			
7. Pferde- und Wagen- Conto . . . . .	10700	—			
8. Vorräthe: a. Bier . . . . . 62,192.— b. Hopfen . . . . . 12,396.30 c. Malz . . . . . 24,387.02 d. Gerste . . . . . 6,034.75 e. Nebenprodukte u. Materialien 6,863.50	111873	57			
9. Guthaben beim Berliner Pfandbrief-Amte . . . . .	28994	19			
10. Debitoren . . . . .	25085	53			
11. Guthaben b. Bankier . . . . .	400000	—			
12. Cassa und Wechsel . . . . .	2874	12			
				1800827	41

Berlin, den 13. März 1886.  
**Victoria-Brauerei Actien-Gesellschaft.**  
August von der Heyden jr.

Unter Bezugnahme auf vorstehenden Prospect legen wir hierdurch die Actien der Victoria-Brauerei Actien-Gesellschaft  
**am Mittwoch, den 17. März cr.,**  
in den üblichen Geschäftsstunden unter folgenden Bedingungen zur Subscription auf:

- Der Subscriptionspreis ist auf 115 pCt. festgesetzt, zuzüglich 4 pCt. Städtischen vom 1. Februar 1886 bis zum Tage der Annahme.
- Bei der Subscription ist eine Caution von 15 pCt. des Nominalbetrages bar oder in Coures habenden Effecten zu hinterlegen.
- Den früheren Käufer der Subscription behalten wir uns vor, und erfolgt Aufnahme nach unserem Ermessen unter Benachrichtigung an die Zeichner.
- Die Abnahme der zugetheilten Actien hat vom 24. bis 31. d. M. zu erfolgen.

Die Statuten sind bei uns erhältlich.  
Berlin, 13. März 1886.

**S. & L. Rothschild,**  
NW., Hegelplatz 2.